

04.07



EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Nachhaltigkeit statt Wettbewerb und Konkurrenz
EU-Gipfel verabschiedet neue Energiepolitik
Natura 2000 ohne Naturschutzverbände?
Ideen für das Grünbuch Stadtverkehr**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene
Jahrgang 16 (2007), Heft 04
ISSN 1861-0064

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Redaktion

DNR Geschäftsstelle Berlin/

EU-Koordination und Internationales

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405
Berlin

Juliane Grüning (jg), Markus Steigenberger
(ms), Bjela Vossen (bv), Thomas Frisch-
muth (tf), Ulrike Tröger (ut), Marion Busch
(mbu), Nelly Thompson (nt), Franziska
Heinrich (fh), Manja Treue (mt), Matthias
Bauer (mb)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: juliane.gruening@dnr.de

Internet: www.eu-koordination.de

DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind
willkommen. Die Redaktion muss sich
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen
gezeichnete Beiträge geben nicht unbe-
dingt die Meinung der Redaktion bzw. des
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss
ist jeweils der 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Halbzeit

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

„Die Bundesregierung hat hohe Erwartungen an ihre EU-Ratspräsidentschaft geweckt - wird sie sie halten können?“ - so lautete die Frage im Editorial des Januarheftes. Nun ist die Hälfte der sechsmonatigen Präsidentschaft vorbei. Zeit für ein erstes Zwischenresümee.

Das dominierende Thema der ersten drei Monate war eindeutig die Klima- und Energiepolitik. Nachdem die Europäische Kommission am 10. Januar ihr mehrtausendseitiges „Energiepaket“ vorgelegt hat, gab es auf den Bürofluren, auf den Veranstaltungspodien und in den Hinterzimmern in Brüssel, Berlin und anderswo kaum noch ein anderes Gesprächsthema. Im Februar diskutierten dann der Rat der Umweltminister und der Rat der Energieminister das Papier und am 9. März beschloss schließlich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs eine „Energiepolitik für Europa“ - übrigens mit beinahe exakt denselben Inhalten wie von der Kommission Anfang Januar vorgeschlagen.

Die politische Bewertung dieser Energiepolitik haben wir schon in den vergangenen Heften geliefert. Fragen wir also lieber, wie sich die Bundesregierung in ihrer Funktion als Ratspräsidentin in der Debatte geschlagen hat.

Der Anfang der Präsidentschaft ist ihr gut gelungen. Zumindest kommunikationstechnisch betrachtet. Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde als großer Hoffnungsschimmer der noch immer in einer posttraumatischen Verfassungskrise vor sich hin dümpelnden europäischen Politikszene gesehen. In manchen Medien machte sich eine fast unheimliche Erweckungshoffnung breit, die den Eindruck hervorrief, dass die Zukunft der EU fast allein auf den Schultern der deutschen Kanzlerin ruhe. Verständlich wird dies nur vor dem Hintergrund des beginnenden Wahlkampfes in Frankreich, einer Regierungskrise in Italien und eines zur „lahmen Ente“ heruntergejubelten britischen Regierungschefs.

Im Februar folgte allerdings ein - ebenfalls in erster Linie medientechnisch zu verstehender - schwerer Fehltritt. Und das bei einem Thema, das nur indirekt zum Energiepaket gehörte. Die EU-Kommission hatte einen lange erwarteten Vorschlag

vorgelegt, wie die CO₂-Emissionen von Neuwagen zu senken seien. In der unmittelbar darauf folgenden hitzigen Debatte gelang es der deutschen Regierung, sich innerhalb von nur zwei Tagen mit dreieinhalb unterschiedlichen Meinungen zu Wort zu melden. Während der zuständige Umweltminister Sigmar Gabriel die Position der Kommission zunächst begrüßte, fiel ihm sein Kollege Michael Glos vom Wirtschaftsressort unmittelbar in den Rücken. Nachdem auch Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee seinerseits die Lage kommentiert hatte, sah sich offenbar Angela Merkel veranlasst, sich mit einem Interview in einem großen deutschen Boulevardblatt auf die Seite der deutschen Automobilindustrie zu schlagen.

So etwas kommt in Brüssel und den Hauptstädten der EU gar nicht gut an. Hinter den Kulissen wurde gewaltig über die Deutschen geschimpft, die sich in ihrer Rolle als EU-Präsidentschaft bisher immer als neutrale Moderatoren ausgegeben hatten. Und dann führen sie ein derart plummes und durchschaubares Manöver durch, hieß es. Der Heiligenschein war erst einmal weg.

Doch offenbar lernte man aus der Februar-Panne. Im März nutzte die deutsche Regierung die sich ihr bietenden Möglichkeiten und sammelte kräftig Sympathiepunkte. Die Gelegenheit war dafür gleich zweimal günstig.

Da war zunächst der Rat der Staats- und Regierungschefs am 8./9. März. Auf dem EU-Gipfel sollte das Energiepaket endgültig verabschiedet werden. Im Vorfeld gab es aber noch einige Querelen um den Ausbau der Erneuerbaren Energieträger: Sollen die Ausbauziele verbindlich sein? Darf Frankreich seine Atomenergie auf die Erneuerbaren anrechnen, weil diese relativ CO₂-arm Strom produziert? Angela Merkel stellte sich nicht nur entschlossen auf die Seite der Erneuerbaren, sie schaffte es auch, die Quertreiber unter den europäischen Kollegen zur Raison zu bringen und ein Energiepaket zu verabschieden, das noch vor einem halben Jahr kaum jemand für möglich hielt. Sicherlich kam ihr dabei auch der Rückenwind einer gesamtgesellschaftlichen Debatte über die Klimakatastrophe zugute, wie sie wohl ebenfalls keiner vorhergesehen hat. Für ihr Auftreten auf dem EU-Gipfel erhielt Angela Merkel viel Lob, sogar von einigen Umweltverbänden.

Das zweite Großereignis folgte zwei Wochen später: Die Feier zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge am 24./25. März. Die EU wurde 50 (auch wenn sie damals noch anders hieß)! Eine dreitägige Feier in Berlin, in Anwesenheit aller Staats- und Regierungschefs. Großer Empfang, gute Stimmung. Da konnte die deutsche Regierung nicht viel falsch machen. Die in den Wochen zuvor in Geheimdiplomatie ausgehandelte „Berliner Erklärung“ hatte zwar viel Grundlegendes, aber wenig Substantielles zu vermelden. Aber gerade weil sie die Erfolge der vergangenen 50 Jahre in den Mittelpunkt rückte und eher eine Art Wohlfühlklärung als eine Zukunftsvision sein sollte, wurde sie allgemein begrüßt. Zudem verstand es Angela Merkel, die gefährlichen Fettnäpfchen der Verfassungsdebatte zunächst auszulassen. Nun besagt die Erklärung lediglich, dass bis 2009 die EU auf „eine neue Grundlage“ gestellt werden müsse.

Zur Mitte ihrer Präsidentschaft ist die deutsche Regierung also wieder obenauf. Doch die schwerere Hälfte kommt erst noch. In den nächsten Monaten tritt die Debatte um die Zukunft der Europäischen Verfassung in die entscheidende Phase. Und auch in der Umweltpolitik steht noch eine ganze Reihe von unterschiedlichen Gesetzesvorhaben auf der Tagesordnung. Ein endgültiges Fazit können wir erst im Juli ziehen. Wir freuen uns schon drauf.

Eine interessante Lektüre dieser Ausgabe wünscht Ihnen

Markus Steigenberger,
Leiter der EU-Koordination des DNR

2 Impressum

3 Editorial

- Halbzeit

5 Global

- Deutsche Entwicklungshilfe gefährdet Wasserversorgung im Süden

7 EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- G8-Umweltminister in Potsdam: Keine „G8+5-Botschaft“
- G8-Dialog mit Zivilgesellschaft
- G8-Newsticker

9 EU-Politik, Recht

- Manifest für ein Neues Europa: Wettbewerb und Konkurrenz beenden
- EU-Frühjahrgipfel 8./9.3.: Wettbewerb, bessere Rechtsetzung, 50 Jahre EU
- Strategieplanung der EU-Kommission für 2008
- Neue EU-Ökosteuerdebatte
- Liste der EU-Sonderberater öffentlich
- Bürgererklärung zur Zukunft Europas
- Newsticker

13 Abfall, Produktpolitik

- EU-Leitfaden für Abfall in Arbeit
- Globale Initiative gegen Elektroschrott
- Fehlende Ziele in thematischer Strategie zur Ressourcennutzung
- Newsticker

15 Agrarpolitik, Gentechnik

- Ungarn darf Gentech-Pflanzen verbieten
- Europaparlament für eigenes EU-Öko-Label
- Illegaler Tiermehl-Export gestoppt
- Grüne im EU-Parlament warnen vor Biosprit
- Newsticker

17 Chemikalien, Emissionen

- Pestizidnutzung gefährdet Kinder - EU soll Gebrauch reduzieren
- EU überprüft Richtlinie zu Luftschadstoffen
- Innenraumluftverschmutzung: Liste der wichtigsten Stoffe veröffentlicht
- Newsticker

19 Energie, Klima

- EU-Gipfel verabschiedet neue Klima- und Energiepolitik
- Umfrage: EU-Bürger/innen wollen Klimaschutz
- Vorbereitungen für Emissionshandel bei Schiffsschadstoffen
- Ozonwerte gestiegen: Klimawandel bringt Sommersmog zurück
- Studie: FCKW-Verbot brachte mehr Klimaschutz als Kyoto-Protokoll
- Newsticker

22 Naturschutz, Biodiversität

- Umweltverbände: Beteiligungsrechte bei Natura 2000 mangelhaft
- Biodiversität als Lebensgrundlage: NGOs begleiten Bonner Weltgipfel

- Bulgarien will FFH-Gebiete um ein Drittel verkleinern
- Nachhaltige Wildsammlung von Heilpflanzen
- Newsticker

25 Verkehr, Tourismus

- EU-Grünbuch Stadtverkehr: Öffentliche Beteiligung dringend nötig
- Europäische Umweltagentur: Verkehrswachstum bedroht Klima
- Open-Sky-Abkommen EU - USA
- EU will Mindeststeuer für Kraftstoffe anheben
- Newsticker

28 Wasser, Meere, Fischerei

- Weltrangliste bedrohter Flüsse
- Umweltausschuss fordert besseren Hochwasserschutz
- Konsultation zum EU-Fischereimanagement
- Welt-Fischerei-Report 2006: Meeresfisch-Bestände akut bedroht
- Newsticker

32 Service

- Veröffentlichungen/Neu im Netz
- Termine
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- Wegweiser: EU, EEB

Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): Energie und Klima (in Vorbereitung)

„Sauberes Wasser für alle“ - von den Wassermultis?

Von Sebastian Schönauer, BUND

Deutsche Entwicklungshilfe gefährdet Wasserversorgung im Süden

Der wegen der schlechten Erfahrungen wachsende Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung wird von den Geldgebern - den Industriestaaten, die die internationalen Organisationen dominieren - immer wieder beschönigt und durch die Hereinnahme multinationaler Konzerne in die Lösungssuche zumindest auf der Regierungsebene immer wieder ausgehebelt. Auf einschlägigen Konferenzen wurde und wird eine enge „Zusammenarbeit“ zwischen Regierung und Wasserkonzernen demonstriert, um diese international ins Geschäft zu bringen. Die weltweit übliche Bestechungspraxis tut ein Übriges. Die „armen“ Entwicklungsländer sind dem oft hilflos ausgesetzt.

Gesteuerte Diskussionen auf internationalen Konferenzen

Nach Ansicht vieler kritischer Beobachter gerade aus den Reihen der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) - wie dem BUND und seiner Dachorganisation Friends of the Earth oder von Greenpeace - wird die Diskussion auf international besetzten Konferenzen in erster Linie so gesteuert, dass Akzeptanz und Legitimation für eine weitere Wasserprivatisierung und Liberalisierung geschaffen werden.

Das schon vom Namen her in einem Identitätsdilemma befindliche Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) will uns vermitteln, dass die Armutüberwindung in der Dritten Welt durch eine gezielte Projektförderung, die hauptsächlich deutschen Konzernen „zu Gute kommt“, erreicht werden kann, und tritt dabei offen für die Liberalisierung und Privatisierung des Wassermarktes ein. Das BMZ propagiert - etwa im Rahmen der so genannten „GATS-requests“ - die Durchsetzung von Marktöffnungen im Wassersektor in über 70 Ländern und bietet dabei deutschen Konzernen fast uneingeschränkt Hilfen an.

Millenniumsstrategie: Trojanisches Pferd der Industriestaaten?

„Wasser - Menschenrecht oder Handelsware?“ ist ein zunächst harmlos klingender Slogan. Das propagierte „Menschenrecht auf Wasser“ wird dabei subtil mit dem Er-

reichen des „Wasser-Millenniumsziels 2015“ verknüpft. Gemeint ist damit die Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser bis 2015. Dieses Ziel sei die oberste Handlungsmaxime und müsse deshalb mit allen Mitteln vorangebracht werden. Wenn dies aber die (armen Entwicklungs-)Länder selbst nicht zu Wege bringen könnten, dann müsse diese „Aufgabe“ privaten Firmen übertragen werden.

Die Begründung dafür ist „bestechend“ einfach: Die „Wasser-Zugangs-Kosten“ für die Versorgung aller Menschen betrügen nach „Berechnungen“ der Weltbank und des BMZ 180 Mrd. US-Dollar pauschal jährlich. Die Finanzmittel der öffentlichen Haushalte der „zu entwickelnden Staaten“ betrügen aber - leider - „nur“ 80 Mrd. US-Dollar. Die Konsequenz: Die Privatwirtschaft müsse eingebunden werden, um die Differenz von 100 Mrd. Dollar auszugleichen.

Entwicklungshilfe für Großprojekte und als Türöffner für Konzerne

Die Regierungen der westlichen Staaten - in der Bundesrepublik zum Beispiel vertreten durch das BMZ und die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), als private GmbH eine der „Ausführungsorganisationen“ des BMZ - unterstützen dabei diese Strategie (der Wasserkonzerne) mit Steuergeldern, die unter dem Titel „Entwicklungshilfe“ vergeben werden. Das GTZ veranstaltet seit Jahren das „Dialogforum Wasserwirtschaft“ und agiert dabei auch als Türöffner für deutsche Unternehmen in aller Welt - unter dem Label „Entwicklungspartnerschaften“. Statt neutraler Vermittler zu sein, empfiehlt die GTZ die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern an Länder der Dritten Welt oft nur dann, wenn die Konzepte der Wassermultis angenommen werden. Diese seien, so die GTZ, unverzichtbare Akteure, die allein in der Lage seien eine ausreichende Wasserversorgung weltweit sicherzustellen.

Auch der neu aufgekommene - gut gemeinte - Vorschlag, 20 Prozent der gesamten Entwicklungshilfe für das 2015-Millenniumsziel „Freier Zugang zum Wasser“ zu verwenden, muss zurückgewiesen werden, solange damit privat betriebene Großprojekte finanziert werden sollen. Das Millenniumsziel, also die Wasserversorgung für alle, darf nicht dazu führen, dass zum Schluss die Wasserkon-

zerne unter dem Vorwand von „Entwicklungshilfe“ das Sagen haben.

Die Begründung dafür, dass die Gemeinden ihre Trinkwasserversorgungen an nationale und internationale Konzerne verkaufen sollen, lautet: Ein privater Betreiber arbeite effizienter, kosten- und preisgünstiger, treffe richtigere Entscheidungen, sei also in jeder Weise besser geeignet als der Staat, die öffentlichen Dienstleistungen für die Bürger/innen zu erbringen.

www.profitgier.com - Schluss mit Umwelt- und Gesundheitsvorsorge

Doch wahr ist: Der kommunale Monopolist, der dem Kostendeckungsprinzip unterworfen ist und unter der demokratischen Kontrolle der Zivilgesellschaft steht, wird ersetzt durch einen privaten Monopolisten, der alles diktieren kann: Überhöhte Monopolpreise, niedrige Qualitätsstandards und niedrige Löhne (zur Senkung der Kosten) und eine zerstörerische Ausbeutung der Ressource Wasser.

Das hat folgende Konsequenzen:

- Ein vorsorgender Gewässer-, Grundwasser- und Bodenschutz ist nicht mehr möglich.
- Die erforderlichen Kriterien der Gesundheitsvorsorge und Hygiene beim Trinkwasser werden nicht mehr angewendet.
- Die allgemeine Versorgungssicherheit ist nicht gewährleistet. Das Beispiel Mexiko zeigt, dass die Aufgabe, Kleinabnehmer zu versorgen, einfach nicht wahrgenommen wird.
- Die Konzerne werden in die Lage versetzt, erpresserisch vorzugehen.
- Die Gebührenfestsetzung wird nur noch nach Gewinnmaximierungsprinzipien erfolgen; die Rechte und Bedürfnisse der Bevölkerung bleiben unberücksichtigt.

Die Aussage der deutschen Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD), dass „bei Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft beide Seiten gewinnen“, ist also irreführend und falsch.

Privatisierungen durch Weltbank-Politik erzwungen

In diesem Zusammenhang muss gerade die Rolle der Weltbank hinterfragt werden: Die Weltbank hat bisher mit ihren Maßnahmen viel Leid in die Welt gebracht. Die Weltbank macht keine „Geschenke“ an die Armen, sondern baut auf ein „investment return“. Sie wird von den reichsten Geldgeberländern gesteuert, ist nicht demo-

kratisch organisiert und damit nicht reformierbar. Sie ist deshalb grundsätzlich ungeeignet, mehr Gerechtigkeit in die Welt zu bringen. Als eine Bedingung für neue Kredite wurden im Rahmen der Struktur-anpassungsprogramme immer wieder (Wasser-)Privatisierungen erzwungen. Die Weltbank-Gruppe ist selbst an einigen Wasserprivatisierungsprojekten wirtschaftlich beteiligt. Ein Beispiel wurde zum Skandal:

Im Jahr 1999 schloss die bolivianische Stadt Cochabamba auf Druck der Weltbank einen Vertrag mit einem ausländischen Konsortium über die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die sofortige Verdopplung der Preise löste Proteste und Widerstand aus, der von der Kommunalverwaltung mit dem Ausrufen des Notstands und Einsatz von Militärkräften beantwortet wurde. Erst nach einem landesweiten Generalstreik und Protesten, bei denen neun Menschen ums Leben kamen, löste die Kommune Cochabamba den Vertrag. Der leitende US-Baukonzern Bechtel verklagte daraufhin mittels US-Recht die Stadt auf 25 Mio. US-Dollar Schadenersatz, das Dreifache der Investitionssumme, da ihm zukünftige Gewinne entgangen seien. ■

• Weitere Informationen

BUND, Sebastian Schönauer, Sprecher
AK Wasser, Setzbornstr. 38, 63860
Rothenbuch (Spessart)
Tel. 06094 / 9840-22, Fax -23
eMail: sebastian.schoenauer@bund-naturschutz.de
www.bund.net/wasser

Brot für die Welt, Danuta Sacher,
Staffenbergstr. 76, 70184 Stuttgart
Tel. 0711 / 2159-0, Fax -110
eMail: d.sacher@brot-fuer-die-welt.de
www.menschen-recht-wasser.de

Literatur:

Karo Katzmann: Schwarzbuch Wasser,
Molden Verlag, Wien 2007, 220 Seiten,
19,90 Euro, ISBN 13-3-85485-196-7
(siehe S. 31)

Kein großer Wurf in Potsdam

Von Juliane Grüning, DNR-EU-Koordination

G8-Umweltminister verabschieden sich ohne „G8+5-Botschaft“

Eigentlich ist der Cecilienhof als Tagungsort prädestiniert für Entscheidungen mit weltpolitischen Folgen. Hier haben 1945 die alliierten Siegermächte das „Potsdamer Abkommen“ unterzeichnet. Zu weltpolitischen Durchbrüchen hat es beim G8-Umweltministertreffen vom 15.-17. März allerdings nicht gereicht.

Mit einigen positiven Neuerungen hat der deutsche G8-Vorsitz das Treffen der Umweltminister gestartet. Erstmals waren nicht nur die G8-Länder USA, Kanada, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und Deutschland vertreten. Auch die Schwellenländer China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika waren zum Treffen eingeladen worden - in weiser Einsicht, dass Klimaschutz alle etwas angeht und das Thema im Dezember auf der nächsten großen UN-Klimakonferenz auf Bali mit möglichst großer Unterstützung weiter diskutiert werden muss. Außerdem gab es ein offizielles Treffen mit deutschen Nichtregierungsorganisationen quasi zur Eröffnung am ersten Tag des Gipfels. Zu dem erschienen neben dem deutschen Umweltminister allerdings nur Botschafter oder ähnliche ministerielle Stellvertreter/innen aus Großbritannien, Japan, Südafrika und Mexiko - außerdem EU-Kommissar Stavros Dimas und UNEP-Chef Achim Steiner. Ihnen wurde ein umfassendes Forderungspapier von 37 Umwelt- und Entwicklungsorganisationen übergeben, das die G8 auffordert: „Konkret für Umwelt und Entwicklung handeln!“.

„Potsdam Initiative zur biologischen Vielfalt 2010“ verabschiedet

Inhaltlich ging es in den drei Tagen um Klimaschutz und Biodiversität. Politisch weniger heikel war das Thema Biodiversität. Hier konnten sich die Umweltressortzuständigen aus den dreizehn wichtigsten Industrie- und Schwellenländern auf die „Potsdam Initiative zur biologischen Vielfalt 2010“ einigen. Sie enthält zehn Punkte, um die Artenvielfalt dieser Welt besser zu schützen. Unter anderem kamen die Minister überein, in einer globalen Studie die wirtschaftliche Bedeutung des Verlusts an Biodiversität zu untersuchen. Die Studie soll noch vor dem nächsten Treffen der Unterzeichnerstaaten der Konvention über

biologische Vielfalt im Mai 2008 vorliegen. Darüber hinaus will man ein Expertengremium für Biodiversität - ähnlich dem im Klimaschutz tätigen IPCC - einsetzen sowie eine allgemein zugängliche internationale Datenbank für Biodiversität einrichten.

Dieses Bild wurde vom deutschen Umweltminister denn auch gleich aufgegriffen: „Wir dürfen die Datenbank der Natur nicht löschen“, so Gabriel mit Blick auf die Tatsache, dass 150 Arten Tag für Tag von der Erdoberfläche verschwinden. Genauso sehen das auch Brasilien und Mexiko, die sich während des Gipfels zur Zusammenarbeit entschlossen haben und für die gerade der ökonomische Aspekt der entscheidende Grund dafür ist, sich für den Artenschutz einzusetzen.

Wandel blockiert: USA haben kein Interesse an Interessenausgleich

Im Klimaschutz dagegen gab es nichts Neues: die USA lehnen es weiterhin ab, am Emissionshandel teilzunehmen, und wollen auch nicht am finanziellen Interessenausgleich der G8- für die so genannten Entwicklungsländer mitwirken. Die altbekannten Differenzen konnten in Potsdam nicht überbrückt werden. Viel weiter als beim G8-Umweltministertreffen in Schwerin 1999 sind „wir“ also nicht gekommen: „Wir sind entschlossen, bei der Bekämpfung des Klimawandels die Führungsrolle zu übernehmen (...). Wir beginnen unverzüglich mit der Entwicklung und Umsetzung der notwendigen nationalen Maßnahmen, um erhebliche Reduktionen der Treibhausgasemissionen und nachweisbare Fortschritte bis zum Jahr 2005 zu erreichen.“ Sätze, die Umweltorganisationen dazu veranlassen, endlich Taten statt Worte zu fordern.

Milderes Klima für spätere Klimaverhandlungen?

Abgesehen von der unzureichenden demokratischen Legitimität der G8-Treffen im Allgemeinen, ist es schon bezeichnend, wenn die acht reichsten Industrienationen sich - wenn überhaupt - auf unverbindliche Maßnahmen zu Hause verständigen, aber das Klima der ganzen Welt in Mitleidenschaft ziehen. Andererseits: Wenn Länder wie China in Potsdam ankündigen, demnächst einen nationalen Plan zur Bekämpfung des Klimawandels vorzulegen oder wenn Mexiko von einem nationalen Aufforstungsprogramm mit 250 Millionen Bäumen berichtet, scheint zumindest das Klima für mehr Klimaschutz auf weltpolitischer Ebene etwas milder zu werden. Das

lässt für die Verhandlungen auf Bali hoffen. Auch wenn der Chef der brasilianischen Delegation am Ende des Potsdamer Treffens sagte, er habe mehr Gemeinsamkeiten unter den fünf Schwellenländern als unter den G8-Staaten festgestellt.

„Klartext“ reden reicht bei realer Bedrohung durch Klimawandel nicht

Auch Sigmar Gabriel, der die Erwartungen auf konkrete Beschlüsse schon im Vorhinein gedämpft hatte, merkte an, dass es das Wichtigste gewesen sei, „Klartext“ zu reden. Und so ist aus Umweltsicht zwar kein erkennbares „Signal“ für den G8-Gipfel in Heiligendamm zustande gekommen, aber für die Schwellenländer war es eine Gelegenheit zu demonstrieren, welche Vorleistungen sie ohne Verpflichtung zur Reduktion von Treibhausgasemissionen schon erbracht haben. Der realen Bedrohung durch den Klimawandel wird dies aber genauso wenig gerecht wie das gnädige Zugeständnis der USA, dass der Klimawandel überhaupt stattfindet. ■

• Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring, EU-Koordination, Juliane Grüning, Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80
eMail: juliane.gruening@dnr.de
www.eu-koordination.de

Forderungspapier der deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände:
www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionsapiere/g8_ngo_pospap_dt.pdf

„Potsdam Initiative zur biologischen Vielfalt 2010“ (deutsch):
www.eu-koordination.de/PDF/Potsdam_Initiative_deutsch.pdf

G8-Dialog mit Zivilgesellschaft

Sherpas wollen sich der „friedlichen zivilgesellschaftlichen Kritik stellen“

Am 25. und 26. April veranstaltet das Forum Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen in Zusammenarbeit mit VENRO¹ ein Forum „G8-Dialog Zivilgesellschaft“ mit der Bundesregierung. Bei der Veranstaltung in der Bonner Beethovenhalle sollen aktuelle Fragestellungen der Globalisierung diskutiert und die Positionen und Ansätze der G8 denen der Zivilgesellschaft gegenübergestellt werden.

Eröffnungspodium: Kritik, Erwartungen und Perspektiven

Das international besetzte Forum beginnt am 25. April um 13 Uhr mit der Begrüßung durch Regine Günther (WWF/Forum Umwelt & Entwicklung) und einer Rede von Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Den Boden für die folgenden Tage bereitet ein Eröffnungspanel „Der G8-Prozess und der Gipfel in Heiligendamm - zivilgesellschaftliche Kritik, Erwartungen und Perspektiven“. Weitere Podiumsdiskussionen werden sich mit dem Thema Weltwirtschaft und Afrika beschäftigen.

Klima, Biodiversität und andere wichtige Gipfelthemen

Am 26. April wird der Tag mit einem Panel zum Thema Klima eröffnet, gefolgt von zwei Arbeitsgruppenphasen zu sechs wichtigen Themen der G8-Agenda:

- Klima/Energie,
- Afrika,
- Intellektuelles Eigentum,
- Biodiversität,
- Weltwirtschaft/Investitionen,
- Rohstoffe.

Am Nachmittag findet eine Diskussion mit den neun G8-Unterhändlern (Sherpas) statt. (jg) ■

• Weitere Informationen

G8-NGO-Plattform, c/o Forum Umwelt & Entwicklung, Mona Bricke/Ansgar Kiene
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 923 993 50
eMail: mona@forumue.de
www.g8-germany.info
www.forumue.de

¹ Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (bundesweite Dachorganisation).

G8-Newsticker

Große Demonstration am 2. Juni in Rostock - Unterstützung gefragt

► Für die internationale Großdemonstration anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm bei Rostock rufen verschiedene Organisationen, Persönlichkeiten und Netzwerke zur Unterstützung auf. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs sind Robin Wood, BUNDjugend, Greenpeace und die Welthandelskampagne „Gerechtigkeit Jetzt!“. Zwischen dem 6. und 8. Juni kommen in dem Ostseeheilbad die Staats- und Regierungschefs der acht führenden Industrienationen zu ihrem jährlichen Gipfeltreffen zusammen. Informationen, Material wie Plakate und Handzettel sowie der Demonstrations-Aufruf sind im Internet zu finden. (jg)

● Trägerkreis der Demonstration „Eine andere Welt ist möglich“, c/o Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel. 0228 / 6929-04, Fax -06; Spendenkonto: Förderverein Frieden/G8-Gipfel, Nr: 1900726793, Sparkasse Köln-Bonn, BLZ 37050198
www.heiligendamm2007.de

„G8-Gute-Nacht-Camp“ vom 1. bis 10. Juni 2007 in Bützow

► Anfang Juni wird in Bützow (Mecklenburg) anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm ein Zeltcamp errichtet. Das Aktionscamp von Gipfelkritiker/innen versteht sich als „Angebot für Aufgeweckte, politisch Interessierte und Menschen, die mitreden wollen“. Bützow ist etwa 40 Kilometer von Heiligendamm entfernt. Rostock ist etwa genauso weit entfernt. Das „G8-Gute-Nacht-Camp“ wird Toiletten, Duschen und Waschplätze, Parkplätze und Gastronomie zur Verfügung stellen, Zelte müssen mitgebracht werden. Zur Finanzierung werden im Vorfeld T-Shirts mit dem Schriftzug „G8 - Gute Nacht“ verkauft (7 Euro). Eingeladen zum „Festival der Toleranz“ sind Vereine, Jugendringe, kirchliche Gruppen, Familien, Medienmacher, Gewerkschaften, Bands und Theatergruppen, Umweltschützer/innen, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und Ehrenamtliche. In kreativer Atmosphäre soll so eine Gegenöffentlichkeit sichtbar werden. (jg)
www.g8-gute-nacht.de

Einwohner/innen Heiligendamm benötigen Berechtigungsschein

Die 280 Einwohner/innen von Heiligendamm werden zurzeit registriert und na-

mentlich erfasst. Wenn am 29. Mai der zwölf Kilometer lange und 2,50 Meter hohe Zaun um Heiligendamm geschlossen wird, können sie nur noch mit einer Berechtigungskarte in ihre Häuser. Der Zaun soll die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen vom 6. bis 8. Juni schützen. (jg)
Quelle: www1.ndr.de/ndr_pages_std/0,2570,OID1729540,00.html

Kirchliche Gruppen informieren über G8-Themen, Kritik und Proteste

Der G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm ist das Hauptthema der neuen Ausgabe des INKOTA-Briefs. Dabei werden sowohl der offizielle Gipfel und seine wichtigsten Themen analysiert und fundierte Kritik geboten als auch die Breite der Protestmöglichkeiten vorgestellt. Jeder Leser soll für sich eine Möglichkeit finden anlässlich des Gipfels aktiv zu werden. Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten Länder der Welt ist das wichtigste internationale Ereignis des Jahres für die Bundesregierung, die 2007 die G8-Präsidentschaft ausübt und im ersten Halbjahr auch die EU-Ratspräsidentschaft innehat. INKOTA ist ein ökumenisches Netzwerk developmentspolitischer Basis Gruppen, Weltläden, Kirchengemeinden und Einzelengagierter. (mt)

„Der G8-Gipfel in Heiligendamm - Die Themen, die Kritik, die Proteste“, INKOTA-Brief 139, März 2007, 3,50 Euro; Hrsg./Bezug: INKOTA, Tel. 030 / 4289-111, Fax -112, inkota-brief@inkota.de, www.inkota.de

Gastbeitrag Manifest für ein Neues Europa

Von Christian Baumgartner, Naturfreunde Internationale¹

Für ein Ende von Wettbewerb und Konkurrenz

Die Naturfreunde Internationale hat in einem Manifest zum 50. Geburtstag der EU ein Umdenken gefordert, das weg von Wettbewerb und Konkurrenz der Lissabon-Strategie hin zu einem neuen Gesellschaftsvertrag geht, der Nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt stellt. Der Weg der Gestaltung eines Europa in Verantwortung vor den Menschen hier, global und vor den zukünftigen Generationen - offen, sozial, friedlich und ökologisch - war oft ein Weg zwischen Hoffnung und Resignation, Fehlentscheidungen und Perspektiven, zwischen guten Ansätzen und schlechter Umsetzung, guten Beschlüssen und folgenlosem Handeln. Zum 50-jährigen Jubiläum der EU gilt es eine kritische Bilanz zu ziehen und neue Perspektiven zu Themen von Klimawandel bis Migration und von Gentechnik bis Demokratiedefizit zu entwickeln. Die nächsten 20 Jahre europäischer Politik entscheiden die Überlebensfragen der Welt. Die sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums sind überschritten, jetzt geht es darum, die Zukunft nach den Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung zu gestalten.

Die EU braucht eine sozial gerechte und demokratische Neupositionierung

Die EU ist eine Gemeinschaft von Staaten, die sich historischen Werten wie Freiheit, Demokratie, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet sehen. Deshalb begrüßen wir die Erweiterung der EU. Die Schaffung einer einheitlichen Währung, die Herstellung der Freizügigkeit von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Menschen innerhalb des EU-Raumes, die gleichzeitige Schließung der EU-Außengrenzen, der „Kampf gegen den Terrorismus“, neue kriegerische Konflikte an den Rändern der EU und die Positionierung der EU als ein ökonomischer wie politischer „Global Player“ haben rasante Veränderungsprozesse in Gang gesetzt. Gerade diese bedürfen einer neuen Idee von Europa, einer sozial gerechten, ökologischen, demokratischen und menschenrechtlichen Neupositionierung der EU im globalen Kontext.

Denn die Prozesse der Transformation von Staaten, Gesellschaften und Kulturen in Europa sind nur in einem globalen Maßstab verstehbar und auch nur im globalen Kontext aktiv politisch gestaltbar. Die Ausweitung der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise und die Durchökonomisierung der Welt legen den Schwerpunkt auf Wettbewerb, auf Wirtschaftswachstum und Profitsteigerung. Vernachlässigt werden die Bedürfnisse der Menschen nach befriedigender und lebenssichernder Arbeit, nach Freizeit und sozialer Sicherheit - kurz: nach Wohlstand und einem guten Leben. Neoliberale Wirtschaftskonzepte gefährden den Wohlstand, aber auch die Integration europäischer Gesellschaften und der Welt, indem sie das Allgemeinwohl wirtschaftlichem Egoismus unterordnen. Die Folgen sind die tiefere Spaltung der Welt in Arm und Reich sowie die Ausgrenzung von „nichtwettbewerbsfähigen“ Menschen. Die Organisation kapitalistischer Märkte und Produktionsweisen führen zu einer Politik der „Nicht-Nachhaltigkeit“. Ressourcen- und Flächenverbrauch, Emissionen, Klimawandel und Umweltverschmutzung, der Verlust an Biodiversität, Erkrankungen und Berufsstress, Entsolidarisierung sowie Rassismus und Diskriminierung mindern die Lebensqualität in Europa.

Nachhaltigkeit muss das Ziel sein

Die bloße Orientierung an quantitativem Wachstum führt zur Übernutzung natürlicher Ressourcen. Luft, Wasser, Böden und das gesamte Klimasystem der Erde brauchen eine dringende Politikwende, um die Lebensgrundlage aller Menschen zu garantieren. Der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und aus der Atomkraft ist ebenso wie der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und die Verringerung des CO₂-Ausstoßes sofort in die Wege zu leiten, soll die ökologische Katastrophe verhindert werden. Europa muss sich als eine Alternative zum derzeitigen Neoliberalismus verstehen und in diesem Sinne global und in weltweiter Verantwortung tätig werden. Armutsbekämpfung, gerechte Weltwirtschaftsordnung, Friedenspolitik, soziale Verantwortung und demokratische Gestaltung sind die zentralen Aufgaben Europas. Sie müssen auch in den internationalen Organisationen wie GATS, Weltbank etc. durchgesetzt werden. Europa sollte eine Koalition für eine starke internationale ökonomische und fiskalische Governance-Struktur bilden, in der öko-

nomische Interdependenz und Solidarität und nicht strategischer Wettbewerb die Grundlage von Wohlstand, Entwicklung, Stabilität und Gerechtigkeit bilden. Das Prinzip der Nachhaltigkeit impliziert eine Neudefinition von ökonomischem Erfolg und einen radikal neuen Fortschrittsbegriff: Fortschritt muss als Wohlstand für alle definiert werden. Klassenzugehörigkeit, Ethnizität und Nationalität, Geschlecht und sexuelle Orientierung sind nach wie vor Differenzierungsstrukturen, die zu Benachteiligung und Ungleichheit führen. Nachhaltiges Wachstum und Wohlstand in Europa brauchen aber die gleichberechtigte Integration aller Menschen. Gleichstellung der Geschlechter und Anerkennung von Vielfalt und Unterschiedlichkeit müssen deshalb Teil einer nachhaltigen europäischen Sozial- und Umverteilungspolitik werden. Nur wenn alle Bürger/innen die Chance haben, ihr Leben selbst zu gestalten, nur wenn es Institutionen der Mitsprache und Mitgestaltung gibt, erhält die EU jene Legitimität, die sie für die Realisierung ihrer Ziele benötigt.

Die Zivilgesellschaft ist gefordert

Es ist an der Zeit, dass Europas Verantwortung für die Welt politische Gestalt annimmt. Wir müssen lernen, die Politik mehr am Zukünftigen auszurichten als am Heutigen. Ein Europa, das dem Naturfreunde-Manifest entspricht, ist nur mit dem starken Engagement der Zivilgesellschaft erreichbar. Die Naturfreunde wollen daran mitwirken, sie sehen ihre Arbeit auch als einen gesellschaftlichen Beitrag am Zukunftskonzept einer Politik der Nachhaltigen Entwicklung. Der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln, zwischen gesellschaftlichen Werten als Maßstab des Handelns und den Normen des neoliberalen Menschenbildes muss in praktischen Beispielen für einen grundlegenden Wandel im Kultur- und Lebensstil überwunden werden. Viele Menschen sind schon auf diesem Weg zu einer zukunftsfähigen Welt. Gemeinsam mit den vielen Gruppen, Initiativen, Organisationen und mit den Gewerkschaften und Parteien, die diesen Weg fördern und verwirklichen, kann das Gesicht der Welt verändert werden. ■

• Weitere Informationen

Naturfreunde Internationale (NFI),
Christian Baumgartner, Wien
Tel. 0043 1 / 8923877-11
„Manifest für ein Neues Europa“:
www.nfi.at/manifest

¹ Text nach: „Manifest für ein Neues Europa“ ● von Otto Penz, Birgit Sauer, Herbert Brückner und Christian Baumgartner, Wien 2007.

Frühjahrgipfel des Europäischen Rates

Am 8./9. März ging es um Wettbewerb, bessere Rechtsetzung und 50 Jahre EU

Der erste Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Jahr steht traditionell unter dem Motto Wettbewerbsfähigkeit. So auch der Europäische Rat am 8. und 9. März. In diesem Jahr kamen allerdings mit den Themen „Klima- und Energiepolitik“ sowie „50 Jahre Europäische Gemeinschaften“ zwei weitere Schwerpunkte hinzu.

Lissabon-Strategie

Mit der Lissabon-Strategie hatte sich die EU im Jahr 2000 das Ziel gesetzt, die wettbewerbsstärkste Region der Welt zu werden. Nach einer Halbzeitbilanz im Jahr 2005 wurde die Strategie erneuert. Heute verfolgt sie nur noch eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gleichzeitig wurde ein Vorgehen vereinbart, das den Mitgliedstaaten Berichtspflichten auferlegt und der EU-Kommission die Möglichkeit einräumt, den einzelnen Regierungen Empfehlungen zu geben. Auf dem Europäischen Rat am 8./9. März wurde eine erste Bilanz dieser erneuerten Lissabon-Strategie gezogen. Die Staats- und Regierungschefs betonten die Bedeutung der Strategie und hoben die bisherigen Erfolge hervor. Nennenswerte Änderungen an der Strategie wird es zu nächst nicht geben.

Bessere Rechtsetzung

Ein wesentlicher Teil der erneuerten Lissabon-Strategie ist das Konzept der „besseren Rechtsetzung“ (better regulation). Ziel ist es, den bürokratischen Aufwand in der EU zu minimieren, ohne dabei den Kern der bestehenden Gesetze zu verändern. Der Rat beschloss, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bis 2012 um 25 Prozent zu reduzieren. Dies gilt zunächst lediglich für die europäische Gesetzgebung. Die Mitgliedstaaten waren nicht gewillt eine solche Verpflichtung auch auf nationaler Ebene einzugehen. Um das Ziel zu erreichen, hat der Rat die EU-Kommission beauftragt, in den kommenden Monaten 13 Politikbereiche - darunter Umwelt, Landwirtschaft und Verkehr - auf Möglichkeiten zu prüfen den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu senken. Auf dieser Grundlage sollen dann konkrete Schritte unternommen werden.

Berliner Erklärung zum 50. Geburtstag

Am 25. März 1957 unterzeichneten die Vertreter Frankreichs, Italiens, Deutschlands und der Benelux-Staaten in Rom die Gründungsurkunde der Europäischen Gemeinschaften. Zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge wurde am 25. März dieses Jahres in Berlin ein Festakt unter Anwesenheit der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie des Kommissionspräsidenten gefeiert. Zu diesem Anlass veröffentlichte die Bundesregierung im Namen der EU eine Vision für die nächsten Jahrzehnte der EU zu veröffentlichen. Auf der Ratssitzung am 8./9. März ließ sich Angela Merkel von den anderen Staats- und Regierungschefs das Mandat geben, diese „Berliner Erklärung“ auszuarbeiten. (ms) ■

Zur Klima- und Energiepolitik siehe Artikel auf Seite 19.

• Weitere Informationen

Schlussfolgerungen des Rates (EU-Gipfel-Dokument)
www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/93135.pdf

Strategieplanung der EU-Kommission für 2008

„Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Freiheit“

Die Strategieplanung der EU-Kommission für 2008 enthält wie in diesem Jahr vier Schlüsselbereiche: Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Freiheit sowie eine stärkere Position Europas in der Welt.

„Schlüsselinitiativen“ mit Umweltbezug

Umweltthemen fallen unter einige der vier Bereiche, besonders unter Solidarität. Geplant sind so genannte Schlüsselinitiativen zu folgenden Themen:

- EU-Meerespolitik voranbringen (dabei Ergebnisse der Konsultation zum Grünbuch und zum Aktionsplan 2007 berücksichtigen)
- Umsetzung und Folgeprozess (Follow-up) des Energie- und Klimapakets
- Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung eines europäischen Gas- und Stromnetzes
- Follow-up-Initiativen zum Europäischen Strategischen Plan für Energietechnologien, insbesondere in Bezug auf erneuerbare Energiequellen, „nachhaltige Kohletechnologie“ und Entsorgung von Nuklearabfällen
- Überprüfung des EU-Systems für Erdölvorräte
- EU-Aktionsplan für den städtischen Nahverkehr zur ökologischen Ausrichtung des Verkehrssektors
- Legislativvorschlag ▼ zur Begrenzung der Stickoxidemissionen (NOx) in der Luftfahrt
- Legislativvorschlag zur Senkung seeverkehrsbedingter Emissionen
- Weißbuch über einen Gemeinsamen Europäischen Meeresraum zur Förderung des Seeverkehrs
- Stärkung der Verkehrssicherheitsagenturen zur Weiterentwicklung der Sicherheitsregeln im Verkehr
- Verpflichtungen über 2012 hinaus zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in der EU auf ein nachhaltiges Niveau im Vorgriff auf die 2009 stattfindende Konferenz der Vertragsparteien der UN-Klimaschutzkonvention
- Initiativen zur Förderung nachhaltiger Verbrauchs- und Produktionsmuster sowie der Anpassung an die ökologischen Herausforderungen

- Durchführung der REACH-Verordnung und Start der Europäischen Agentur für chemische Stoffe in Helsinki
- Mitteilung zur globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES)
- Vorlage der „Generalüberprüfung“ der Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in den Jahren 2003-2004
- Anwendung einer einheitlichen Marktorganisation in der Landwirtschaft
- Neufassung des Kontroll- und Regelungsrahmens der Gemeinsamen Fischereipolitik.

Zur Strategieplanung werden nun die anderen EU-Institutionen konsultiert. Im Herbst 2007 will die Kommission dann ihr Arbeitsprogramm für 2008 vorlegen. (jg) ■

● **Weitere Informationen**

Zur jährlichen Strategieplanung der EU-Kommission:
www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0065de01.pdf

Europäische Ökosteuer in Sicht?

EU-Kommission will neue Debatte

Mit einer Konferenz zu dem Thema „Steuerpolitik für eine nachhaltige Entwicklung“ hat die EU-Kommission im März eine europäische Ökosteuerreform auf die politische Agenda gesetzt. „Die Zeit ist reif“, meinte der für Steuerpolitik zuständige EU-Kommissar László Kovács und forderte die Mitgliedstaaten auf, die Steuergrundlage von „Arbeit“ auf „Ressourcenverbrauch“ zu verlagern. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der als Vertreter der deutschen Ratspräsidentschaft an der Konferenz teilnahm, sagte, er halte eine ökologische Steuerreform für „anspruchsvoll, schwer durchsetzbar, aber vernünftig“.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre hatte es eine intensive Debatte über eine ökologische Steuerreform auf europäischer Ebene gegeben. Der Richtlinienentwurf der damaligen EU-Kommission scheiterte jedoch am Veto der britischen Regierung. Der Politikbereich „Steuern“ unterliegt in der EU nach wie vor dem Einstimmigkeitsprinzip; eine weitreichende gemeinsame Politik kann daher von jedem einzelnen Mitgliedstaat verhindert werden.

Auf der Basis eines Grünbuches, das den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente für Umwelt und Nachhaltigkeit beschreiben soll, wollen die beiden Generaldirektionen Steuerpolitik und Umwelt die Diskussion weiterführen.

Gute Chancen für eine EU-weite Ökosteuer

An der Konferenz nahmen einige hundert Experten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft teil. Sie waren sich einig, dass gute Chancen für einen neuen Anlauf für eine EU-weite ökologische Steuerreform bestünden. Die aktuelle Debatte um die Energie- und Klimapolitik habe den Mitgliedstaaten die Bedeutung des Themas vor Augen geführt und die Bereitschaft für ein gemeinsames Vorgehen erhöht. Auch gebe es mittlerweile zahlreiche Erfahrungen von der nationalen Ebene - etwa in den skandinavischen Ländern, Großbritannien, den Niederlanden oder Deutschland - die eine funktionale Ausgestaltung einer ökologischen Steuerreform auch auf europäischer Ebene ermöglichen würden.

Konstruktive Vorschläge der Umweltverbände

John Hontelez vom Europäischen Umweltbüro schlug vor, die Schwierigkeiten des Einstimmigkeitsprinzips zu umgehen, indem die „offene Methode der Koordination“ angewandt werde. Dabei einigen sich die Mitgliedstaaten auf ein grundlegendes Ziel, übertragen dann aber der Kommission die Aufgabe, die Fortschritte in den einzelnen Ländern zu überprüfen. Die Notwendigkeit von detaillierten Verhandlungen und Abstimmungen würde entfallen. Hontelez regte an, dass die Staaten sich als Ziel eine Verlagerung der Steuerbelastung von Arbeit auf Ressourcen um zehn Prozent innerhalb von zehn Jahren setzen sollten. Wie sie dieses Ziel erreichen, bliebe dann ihnen überlassen. (ms) ■

● **Weitere Informationen**

EU-Kommission, Generaldirektion Steuern:
www.ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/tax_conferences/index_en.htm

Europäisches Umweltbüro (EEB)
www.eeb.org/activities/env_fiscal_reform/EEB-briefing-document-OMC-270606.pdf

Liste der EU-Sonderberater erstmals veröffentlicht

EU-Kommission gibt jahrelange Geheimhaltung auf

Die EU-Kommission hat zum ersten Mal die Liste ihrer Sonderberater veröffentlicht. Jahrelang waren diese Daten geheim gehalten worden. Jetzt kann jeder die Liste mit den 55 Sonderberatern online ansehen. Im Internet gibt es unter anderem Hinweise zur neuen Beratergruppe der EU-Kommission zum Klimawandel. Auch Informationen über die Entlassung des ehemaligen SPD-Europaabgeordneten und Direktors der Beratungsfirma „Centre for European Energy Strategy“ Rolf Linkohr sind dort zu finden.

„Schritt zu mehr Transparenz“

Nach Ansicht der Initiative „LobbyControl“ ist die Veröffentlichung der Liste insgesamt ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz und zur Bekämpfung von Interessenkonflikten. Auch der bevorzugte Zugang einzelner Interessengruppen zur EU-Kommission soll damit verhindert werden. Zukünftig sollen die Sonderberater zu Beginn ihrer Arbeit eine Deklaration unterschreiben, dass keine Interessenkonflikte bestünden. Diese Erklärung soll mit dem jeweiligen Namen veröffentlicht werden. Allerdings gibt die Liste nur über die Berater seit April 2006 Auskunft. Wer die EU-Kommission vorher beraten hat, bleibt unklar. Offen bleibt auch die grundsätzliche Frage, ob die Position von Sonderberatern überhaupt notwendig ist und einer angemessenen Lösung entspricht. Offizielle Aufgabe der Berater ist laut LobbyControl, für bestimmte Sachfragen demokratisch und ausgewogen Informationen für die EU-Kommission zu liefern. Insgesamt bleibe es ein willkürliches Instrument.

Der gemeinnützige Verein LobbyControl will über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklären und Impulse für mehr Transparenz, eine demokratische Kontrolle und klare Schranken der Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit liefern. (mt) ■

• Weitere Informationen

LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie, Wilhelm-Mauser-Str. 45, 50827 Köln
Tel./ Fax 0221/ 169 65 07
eMail: kontakt@lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de/blog

„Deutsche Bürgererklärung zur Zukunft Europas“

200 Bürger/innen fordern mehr Beteiligung bei der Gestaltung der EU

Die EU-Kommission will Bürgerinnen und Bürgern mit ihrem „Plan D“ zu mehr Gestaltungsmöglichkeiten verhelfen. Zurzeit finden in allen Mitgliedstaaten so genannte Europäische Bürgerkonferenzen statt. Ziel der Bürgerkonferenzen ist es, den EU-Ratsgipfel im Juni zu beeinflussen. Alle Ergebnisse der 27 Nationalen Bürgererklärungen sollen Anfang Mai 2007 im Europäischen Parlament den Spitzen der EU-Institutionen überreicht werden. Ende Februar übergaben 200 Deutsche die Ergebnisse ihrer Diskussion der deutschen EU-Kommissionsvertretung, dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments sowie dem Auswärtigen Amt.

200 zufällig ausgewählte Bürger/innen

Die Bürger wollen an europäischen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt werden und fordern die Institutionalisierung der Europäischen Bürgerkonferenzen. Sie erwarten unter anderem eine umwelt- und energiepolitische Vorreiterrolle von Europa und mehr Engagement für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Die „Deutsche Bürgererklärung“ fasst zusammen, was 200 zufällig ausgewählte deutsche Bürgerinnen und Bürger von Europa erwarten. Drei Debattenthemen waren vorgegeben: Umwelt, Sozialpolitik und Einwanderung. Das seien laut Meinungsumfragen für die meisten Europäer die interessantesten Themen.

Weitere Bürgerkonferenzen bis Mai

Das Institut für Organisationskommunikation (IFOK) hat die Konferenz geplant und umgesetzt. Laut Projektleiter Felix Oldenburg hatte ein Institut der Bamberger Universität nach repräsentativen Gesichtspunkten bundesweit Kandidaten gesucht. Diese diskutierten dann zwei Tage lang im Auswärtigen Amt in Berlin ihre Erwartungen zur Zukunft Europas. (mt) ■

• Weitere Informationen

IFOK GmbH - Institut für Organisationskommunikation, Felix Oldenburg, Neue Grünstraße 18, 10179 Berlin
Tel. 030 / 536077-32, Fax -20
eMail: felix.oldenburg@ifok.de
www.europaeische-buergerkonferenzen.de
www.ifok.de

Newsticker

EU-Haushalt 2007 veröffentlicht

Der Haushalt der EU für das laufende Jahr ist seit Mitte März im Internet einsehbar. Im Einzelplan III für die EU-Kommission findet sich ein eigenständiger Titel 7 für die Umsetzung und Durchführung von Umweltrecht. (ms)
www.eur-lex.europa.eu/JOhtml.do?uri=OJ:L:2007:077:SOM:DE:HTML

Vernachlässigte Nachrichtenthemen: Klima, Energie, Agrarsubventionen

Die Initiative Nachrichtenaufklärung (INA) hat die zehn wichtigsten vernachlässigten Nachrichtenthemen des Jahres 2006 veröffentlicht. Darunter sind auch drei mit Umweltbezug. Auf Platz 3 steht der „Stromfresser Internet“. Die INA kritisiert, dass für Rechenzentren das Stromsparen kein Thema sei. 2010 müssten allein drei Atomkraftwerke für die Elektrizitätsversorgung der Serverfarmen laufen. Platz 8 erreichen die Agrarsubventionen der EU: die Pflicht zur Veröffentlichung durch die Mitgliedstaaten ist von der EU-Kommission auf 2009 verschoben worden, obwohl schon 2008 Neuverhandlungen des EU-Haushaltes geplant sind. Auf Platz 9 der vernachlässigten Nachrichtenthemen kommt die Lobbyarbeit des Öl-Konzerns ExxonMobil, der in Brüssel und Deutschland intensiv aktiv ist, um eine Lockerung der Klimaschutzvereinbarungen zu erreichen. (jg)

Quelle: www.nachrichtenaufklaerung.de/top.php?year=this

„Soziale Wirklichkeit“ im heutigen Europa: Konsultation bis 31.12.

► Die EU-Kommission hat Ende Februar eine öffentliche Konsultation zur „sozialen Wirklichkeit“ im heutigen Europa eingeleitet. Damit soll eine allgemeine und umfassende Debatte über „gesellschaftliche Herausforderungen“ angestoßen werden. Hierzu werden auch Umwelt- und Verbraucherschutz gezählt. Alle Interessierten sind eingeladen sich an dem noch bis zum Jahresende laufenden Diskussionsprozess zu beteiligen. Gesucht werden Meinungen zu den „dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen“ bei Bildung, Arbeit, Familienleben, Demografie und Armut. (nt)
● Europäische Kommission, BERL 6/251, B-1049 Brüssel, eMail: sg-social-reality@ec.europa.eu
www.ec.europa.eu/citizens_agenda/social_reality

EU-Leitfaden für Abfall und Nebenprodukte in Arbeit

Ziel: Leichtere Unterscheidung zwischen Abfall und Nebenprodukten

Ein Leitfaden soll Behörden und Marktteilnehmern helfen, in der Industrie zwischen weiterverwertbaren Nebenprodukten und einfachem Abfall zu unterscheiden. Die Europäische Kommission hat diesen gesetzlich nicht bindenden Leitfaden ausgearbeitet und Mitte Februar veröffentlicht. 2005 war die Erstellung neuer Leitlinien erstmals im Gespräch gewesen.

Leitfaden soll Einhaltung der EU-Abfall-Gesetzgebung sichern

Weil sich im Laufe der Jahre die Rechtsprechung teilweise gewandelt hat, wurde es in manchen Fällen für die zuständigen Behörden sowie für die Wirtschaftsteilnehmer schwierig, eine rechtmäßige Definition von Abfall anzuwenden. Nach Auffassung der Kommission schafft der Leitfaden bessere Klarheit über die Auslegungsfragen von Abfall und Nebenprodukten als die in der derzeitigen Abfall-Richtlinie eingeschlossenen Definitionen. Der Wegweiser soll die rechtmäßige Handhabung der EU-Abfallgesetzgebung verbessern helfen, indem er über die Strategie des fallweisen Vorgehens von Behörden informiert. Wirtschaftsteilnehmer sollen Entscheidungen von Behörden so besser nachvollziehen können. Außerdem sollen die Leitlinien gegebenenfalls dazu beitragen, die Auslegung der Abfall-Bestimmungen in der EU zu vereinheitlichen.

Anhang bietet Praxisbeispiele

Zur Veranschaulichung bietet ein Anhang Beispiele, wann Materialien vom Europäischen Gerichtshof als Abfälle oder Nicht-Abfälle eingestuft werden. So werden Nahrungsreste aus der Zucker-, Speisestärke- und Malz-Produktion als Nebenprodukte betrachtet. Als Abfall wird hingegen Flugasche eingestuft, die u. a. bei der Verbrennung von Braunkohle zur Stromerzeugung genutzt wird. Doch weisen die Leitlinien auch auf Grauzonen und Grenzentscheidungen hin. 2010 soll die Wirksamkeit der neuen Leitlinien überprüft werden, um sie gegebenenfalls zu bearbeiten. (mt) ■

• Weitere Informationen

www.ec.europa.eu/environment/waste/strategy.htm

Kritik an globaler Initiative gegen Elektroschrott

Basel Action Network bemängelt Intransparenz und Sozialdumping

Anfang März ist in Bonn die internationale Initiative StEP ins Leben gerufen worden, die weltweite Standards für das Recycling von Elektroschrott entwickeln will. Der Name StEP steht für „Solving the E-Waste Problem“ (das Elektroschrottproblem lösen). Die Gründungsmitglieder sind große Unternehmen der High-Tech-Industrie, Vertreter/innen der Vereinten Nationen, Regierungsorganisationen (z. B. die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ) und wissenschaftliche Einrichtungen, darunter auch das Öko-Institut in Deutschland. „Ziel ist es, die immer wertvoller werdenden Ressourcen zu retten und zu verhindern, dass sie die Umwelt verschmutzen“, erklärt Rüdiger Kühr von der United Nations University in Bonn, wo die StEP-Initiative angesiedelt ist.

Prozess ohne NGO-Beteiligung

Bedenken an der Ausrichtung hat das US-amerikanische Basel Action Network (BAN) geäußert, das sich für die Umsetzung der Basler Konvention¹ einsetzt. Zwar begrüßte BAN generell die Bestrebungen, sich weltweit für Standards im Elektroschrottreycling einzusetzen, kritisierte aber, dass weiterhin billige Arbeitskräfte in Entwicklungsländern für das Recycling gefährlichen Elektroschrotts ausgenutzt würden. Darüber hinaus könne nicht von einem „Multi-Stakeholder-Prozess“ gesprochen werden, wenn Nichtregierungsorganisationen bei der Entwicklung des Programms nicht beteiligt würden. Trotz mehrfacher Nachfrage seien weder BAN noch Organisationen wie Greenpeace oder die „Silicon Valley Toxics Coalition“ einbezogen worden. Die Basler Konvention als weltweite Vereinbarung habe ebenfalls keine formale Mitgliedschaft im StEP-Programm. (jg) ■

• Weitere Informationen

Basel Action Network (BAN), Seattle, USA
Tel. 001 206 / 652-5555, Fax -5750
eMail: jpuckett@ban.org
www.ban.org
www.step-initiative.org

¹ Konvention zur Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung von 1989.

Ressourcennutzung: Fehlende Ziele in thematischer Strategie

Umweltausschuss des EU-Parlaments fordert klare Effizienz-Vorgaben

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat Ende Februar die EU-Kommission eindringlich aufgefordert, Ziele für Ressourceneffizienz zu entwickeln. Anderenfalls riskiere sie, dass die „ökonomischen und sozialen Systeme der EU vollständig destabilisiert“ werden. Die rechtlich nicht verbindliche Resolution bezieht sich auf die thematische Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Die Abgeordneten nahmen den entsprechenden Vorschlag ▼ der EU-Kommission „mit Skepsis“ zur Kenntnis und bedauerten das Fehlen einer klaren Vision, wie das übergeordnete Ziel erreicht werden kann. Damit könne er nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer kohärenteren, besser abgestimmten Strategie sein.

Forderung: Minus 50 % Ressourcen, minus 30 % Treibhausgase bis 2030

Die EU-Kommission hatte das Fehlen von Zielen damit begründet, dass zu wenige Daten vorlägen. Der Umweltausschuss widersprach dem und forderte für die EU eine Halbierung der Nutzung natürlicher Ressourcen bzw. eine Verringerung der Nutzung der primären nicht erneuerbaren Ressourcen um den Faktor 4 bis 2030. Das fordern auch Umweltverbände (EUR 05.06, S. 10). Ressourcenreduktionsziele müssten außerdem für Ernährung, Wohnen und Verkehr definiert werden. Die Abgeordneten forderten außerdem eine Treibhausgas-Reduzierung um mindestens 30 % bis 2020 und um 80 % bis 2050 im Vergleich zu 1990. Weiterhin sollten für die 20 Stoffe mit den größten Umweltauswirkungen bis 2008 gesonderte Politikstrategien entwickelt werden. Berichterstatterin ist die niederländische Abgeordnete Kartika Tamará Liotard, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Linken. (jg) ■

• Weitere Informationen

Quelle: ENDS Europe Daily, 28.02.07

Initiativbericht von Kartika Liotard:
www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2007-0054+0+DOC+WORD+V0//DE&language=DE

Newsticker

Lecks in Abwasseranlagen sollen unter Abfallgesetzgebung fallen

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einem Urteil im Februar durch Lecks in Abwasseranlagen verseuchten Boden als Abfall definiert. Damit würde dieser unter die strengere Abfallgesetzgebung fallen und müsste nach deren Bedingungen entsorgt werden. Das Urteil bezieht sich auf einen Fall in Großbritannien, könnte aber europaweite Konsequenzen haben. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily 19.02.07

Urteil: www.curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE (Fall: C-252/05)

Dauergifte: Strengere Grenzwerte für POPs in gelagerten Abfällen

In der EU gelten seit Mitte Februar strengere Konzentrationsgrenzwerte für persistente organische Schadstoffe (POPs) in Abfällen. Bei Überschreitung dieser Grenzwerte konnten Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt nicht ausgeschlossen werden. Es geht dabei um Stoffe wie Polychlorierte Biphenyle (PCB), DDT oder Hexachlorobenzol (HCB). Der Beschluss ergänzt die Verordnung zu POPs aus dem Jahr 2004, die der Umsetzung der POP-Konvention der UN diente. Abfälle, die POPs enthalten, müssen vernichtet oder irreversibel transformiert werden. Ausnahmen werden jedoch zugelassen, wenn sie

- unter Tage in sicheren, tief gelegenen Felsformationen,
- in Salzbergwerken oder
- auf Deponien für gefährliche Abfälle gelagert werden können. Allerdings muss nachgewiesen sein, dass das gewählte Verfahren auch unter Umweltsichtspunkten vorzuziehen ist. Die zulässigen Grenzwerte hierfür sind nun etwas verschärft worden. Abfälle, die mehr POPs enthalten als die veränderten Grenzwerte, müssen in jedem Fall vernichtet oder irreversibel transformiert werden. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily 27.02.07

Veröffentlichung im Amtsblatt:
www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2007/l_055/l_05520070223de00010006.pdf

Elektroschrott: Kommunen gründen Netzwerk

Lokale und regionale Behörden in Europa haben ein Netzwerk gegründet, um sich im Rahmen der Überprüfung der Elektroschrott-Richtlinie (WEEE) besser zu koor-

dinieren. Das WEEE public interest network (WEEE-PIN) wurde auf Anregung der Vereinigung ACR+ gegründet, eines Zusammenschlusses von Kommunen zur Förderung von Recycling. WEEE-PIN kritisiert die Umsetzung der WEEE-Richtlinie in den Mitgliedstaaten als „verwirrend und uneinheitlich“ und beklagt das Fehlen von Umweltstandards für Recycling sowie die ineffiziente Befolgung der Vorschriften. (jg)
Quelle: ENDS Europe Daily 27.02.07
www.acrplus.org

Konferenz zu Nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern im Juni

Der nächste Europäische Runde Tisch zu Nachhaltigem Konsum und Nachhaltiger Produktion (ERSCP) findet vom 20. bis 22. Juni in Basel statt. Schwerpunkt der Konferenz sollen Biowissenschaften sein, andere Themen sind Nachhaltige Gebäude, umweltfreundliches Veranstaltungsmanagement, Finanzierung umweltfreundlicher Innovationen, Wissens- und Technologietransfer und anderes. (jg)

Anmeldung und weitere Informationen:
www.erscp2007.net

OECD-Studie: Umweltgesetzgebung der EU fördert Innovationen

Umweltgesetze und -vorschriften haben einen „deutlich positiven Einfluss“ auf Innovationen bei umweltfreundlicheren Produkten und Prozessen. Das ist das Ergebnis einer OECD-Untersuchung zu den Auswirkungen von Umweltpolitik auf technologische Entwicklungen. Die Überprüfung wurde durchgeführt, um festzustellen, ob marktbasierende Politikmaßnahmen wie Steuern und Emissionshandel oder traditionellere Kontrollmechanismen einen größeren Einfluss auf die technologische Entwicklung haben. Die Autoren stellten fest, dass alle Arten von Umweltpolitik einen Einfluss „zumindest auf die Richtung der technologischen Veränderungen“ haben, es aber schwierig zu analysieren sei, ob marktbasierende Maßnahmen nützlicher sind. (jg)

Quelle: ENDS Europe Daily, 19.02.07

www.oecd.org/olis/2006doc.nsf/linkto/com-env-epoc-ctpa-cfa%282006%2936-final



Ungarn darf Gentechnik-Pflanzen verbieten

EU-Umweltminister erlauben nationalen Sonderweg

Das Anbau- und Handelsverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen in Ungarn kann weiter bestehen. Die Umweltminister der EU lehnten Ende Februar bei nur zwei Gegenstimmen den Vorschlag ▼ der EU-Kommission ab, das ungarische Moratorium aufzuheben. Außer in Ungarn gibt es in Griechenland, Österreich und Polen Anbauverbote für genmanipulierten Mais. Die Begründung aller kritischen Mitgliedstaaten: Die Risiken der Gentechnik seien nicht ausreichend erforscht.

Gentechnik-Lobbyverband protestiert

Dem widerspricht die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB). Der Verband bezeichnete das Anbau- und Handelsverbot als „rechtswidrig“ und warf dem Umweltministerrat vor, gegen alle wissenschaftlichen Fakten entschieden zu haben. Denn ebenso wie im Fall Österreichs handele es sich um Pflanzen, die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) als sicher für Mensch, Tier und Umwelt bewertet worden seien.

Zulassungsbehörde EFSA umstritten

Das Zulassungsverfahren der Behörde ist aber seit langem in der Kritik (EUR 07.06, S. 16). Sowohl die Mehrheit der Umweltminister als auch die Kommission verlangten im vergangenen Jahr größere Transparenz und die Berücksichtigung unabhängiger Studien bei der Zulassung von Gen-Pflanzen (EUR 04.06, S. 9). Umweltverbände wie Friends of the Earth Europe (FoEE) oder Greenpeace fordern u. a. wegen der mangelhaften Risikobeurteilung keinen Gentechnik-Getreideanbau in Europa zu genehmigen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE),
Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel
Tel. 0032 2 / 5420180
eMail: info@foeeurope.org
www.foeeurope.org

Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB), Karlstr. 21, 60329 Frankfurt/M.
Tel. 069 / 2556-1550
eMail: presse@dib.org
www.dib.org

Europaparlament für eigenes EU-Öko-Label

Europäische Norm soll einheitliche Standards für Bioprodukte garantieren

Das Europäische Parlament hat sich für die Einführung eines EU-weiten Öko-Siegels ausgesprochen. Damit unterstützen die Parlamentarier/innen den Vorschlag ▼ der EU-Kommission eine Öko-Norm zu schaffen, um einheitliche Standards in der EU zu garantieren. Der Berichtsentwurf der grünen EU-Abgeordneten Marie-Hélène Aubert, den der Landwirtschaftsausschuss des Parlaments am 27. Februar verabschiedete, sieht außerdem effizientere Kontrollen und das Verbot von genveränderten Organismen für Bioware vor.

Weil immer mehr Europäer/innen sich mit Ökolebensmitteln versorgen, boomt der Ökolandbau. Wachstumsraten von 30 Prozent im Jahr sind nicht zuletzt auf Fleischskandale und hohe Pestizidbelastung von Obst und Gemüse zurückzuführen. Trotz dieses Aufschwungs wird nur auf 3,6 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch angebaut. Ein europäischer Aktionsplan zugunsten der ökologischen Landwirtschaft muss aus Sicht von Berichterstatterin Aubert zum Ziel haben, Ökobauern bei ihrem mühsamen Geschäft zu unterstützen.

Grüne: Weder Geld noch Personal zur Förderung des Ökolandbaus

Aubert lobte das Bekenntnis der EU-Kommission zur ökologischen Landwirtschaft, kritisierte aber das Fehlen konkreter Maßnahmen sowie eines Zeitplans. Vor allem bemängelt sie, dass weder Personal noch Finanzmittel zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft vorgesehen seien. Ihr Bericht sollte Ende März im Plenum des EU-Parlaments debattiert werden. Die europäischen Landwirtschaftsminister werden sich voraussichtlich im Juni abschließend damit befassen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Parlament (EP), Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2842 111
Der Bericht von Marie-Hélène Aubert:
www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2005-0039+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE

Illegaler Tiermehl-Export aus der EU gestoppt

Verbraucherschützer decken Skandal auf - EU beruft Sondersitzung ein

Deutsche Behörden haben im März den illegalen Export von Tiermehl in Nicht-EU-Länder gestoppt, der zuvor von der Verbraucherorganisation Foodwatch publik gemacht wurde. Weil dieser neue Skandal der Fleischwirtschaft die EU betrifft, berief die Europäische Kommission für den 20. März eine Sitzung zum Handel mit tierischen Abfällen ein. Auch im Verbraucherausschuss des Bundestags in Berlin wurde darüber debattiert. Im Februar informierte Foodwatch auf einer Pressekonferenz über den illegalen Handel mit mindestens 30.000 Tonnen tierischen Abfällen der BSE-Risikokategorie 3. Dabei präsentierte die Verbraucherschutzorganisation Recherchen, die bis nach Vietnam reichten. Die von Foodwatch angezeigten niedersächsischen Landkreise Emsland, Oldenburg und Vechta nahmen daraufhin die Ausfuhrerlaubnisse zurück.

Deutsches Recht soll europäischem Standard angepasst werden

Die niedersächsische Landesregierung gab zu, dass Tiermehl unerlaubt in 22 Länder exportiert wurde. Diese hatten einem Bericht des Landtags in Hannover zu Folge kein dafür notwendiges bilaterales Abkommen unterzeichnet. Der Missstand wurde mit einer „fehlerhaften Rechtsauslegung der Bundesregierung und anderer Mitgliedstaaten der EU“ entschuldigt. Foodwatch forderte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer auf, die Vorschriften für den Umgang mit tierischen Abfällen dem Standard des europäischen Abfallrechts anzupassen. Die sichere Entsorgung von Computerschrott und Alautos liege in der Verantwortung der Hersteller. Das müsse in Zukunft auch für den Umgang mit tierischen Abfällen gelten. (mbu, mt) ■

• Weitere Informationen

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030 / 240476-19, Fax -26
eMail: presse@foodwatch.de
www.foodwatch.de

Bericht über illegale Tiermehl-Exporte:
www.foodwatch.de/presse/pressearchiv/2007/tiermehl_schmuggel_erfolg/index_ger.html

Grüne warnen vor Biosprit-Euphorie

Kampagne der EU-Parlamentsfraktion zu Risiken für Umwelt und Ernährung

Die Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) hat Ende Februar Teil zwei ihrer Food-Culture-Kampagne gestartet. Dabei geht es vor allem darum, die Risiken des derzeitigen Booms von pflanzlichen Treibstoffen aufzuzeigen. Der tatsächliche Nutzen der so genannten Bio-Treibstoffe für die Umwelt sei noch unklar, monierten die Europa-Grünen. So sei die Produktion von Pflanzensprit sehr energieintensiv und weise oft sogar eine negative CO₂-Bilanz auf. Es widerspreche dem Klimaschutz, wenn Regenwälder abgeholzt würden, um auf den so gewonnenen Flächen Energiepflanzen anzubauen, sagte die energiepolitische Sprecherin der Europa-Grünen Rebecca Harms.

Verbindliche Öko-Standards gefordert

Der wachsende Verbrauch von Pflanzkraftstoffen gefährde außerdem die weltweite Lebensmittelsicherheit. Darauf verwies der Vizepräsident des EP-Agrarausschusses Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Die EU müsse daher die Ernährungssicherung berücksichtigen und für verbindliche Öko-Standards bei der Pflanzentreibstoffherstellung und bei Rohstoffimporten sorgen.

Verbrauchssenkung bringt mehr für den Klimaschutz

Die grüne EU-Fraktion wandte sich auch gegen die „unkritische Begeisterung für Biosprit“. Dessen euphorische Unterstützung lenke ab vom eigentlichen Problem, dem viel zu hohen Energieverbrauch. Wenn dieser nicht verringert und die Energieeffizienz verbessert würden, könne selbst bei einem zehnpromigen Pflanzensprit-Anteil bis 2020 keine CO₂-Reduktion garantiert werden. Die europäischen Grünen forderten die EU-Kommission auf verbindliche Grenzwerte für den Benzinverbrauch von Autos festzulegen. (mbu) ■

● **Weitere Informationen**

Grüne Fraktion im Europäischen Parlament, energiepolitische Sprecherin Rebecca Harms, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 28-45695
eMail: rebecca.harms@europarl.europa.eu
www.greens-efa.org

Newsticker

Imker klagen gegen Genmais-Anbau

Deutsche Imker haben im Februar Klage gegen den Anbau der Gentechnik-Maissorte MON810 im Umfeld von Bienenstöcken eingereicht. Der Schutz des Honigs vor Verunreinigung durch Gentechnik sei nicht gewährleistet, so die Begründung. Der Flugradius von Honigbienen beträgt mehrere Kilometer und lässt sich nicht auf gentechnikfreie Flächen begrenzen. Zahlreiche Imker sehen sich dadurch in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. 2007 soll MON810 auf etwa 3.700 Hektar angebaut werden. Dieser Mais vom weltweiten Marktführer Monsanto ist nicht als Bestandteil von Lebensmitteln zugelassen. Unterstützt wird die Klage von Imkerorganisationen und Verbänden der Bio-Branche wie BÖLW und demeter. (mbu)
www.bienen-gentechnik.de

EU stoppt Monitoring für illegalen Gentechnik-Mais aus den USA

Die EU hat ein seit fast zwei Jahren laufendes Monitoring für Bt10-Mais aus den USA beendet. Ein entsprechender Entscheid wurde im EU-Amtsblatt vom 8. März veröffentlicht. Die Kontrollauflage für Bt10 wurde 2005 erlassen, nachdem Spuren der nicht zugelassenen Maissorte in Tierfutter aus den USA gefunden worden waren. Das Monitoring sei nicht mehr angebracht, begründete die EU den Stopp, weil seither nur ein Fall von Verunreinigung nachgewiesen worden sei. Greenpeace kritisierte dies als zu nachlässigen Umgang mit Kontamination. (mbu)
Quelle: Environment Daily, 8.3.2007

Europaparlament weist Pro-Gentechnik-Bericht zurück

Der umstrittene Pro-Gentechnik-Bericht des liberalen finnischen Abgeordneten Kyösti Virrankoski ist Mitte März vom Europäischen Parlament an den Agrarausschuss zurückverwiesen worden. Nicht nur Abgeordnete der Fraktionen der Grünen und der Linken, sondern auch Sozialdemokraten und Konservative äußerten starke Bedenken. Auch im Agrarausschuss war die Annahme des Berichtes mit nur einer Stimme Mehrheit schon sehr knapp gewesen - ungewöhnlich viele Änderungsanträge waren zu dem sechsseitigen Papier gestellt worden. Der Text stellt u. a. das Vorsorgeprinzip in Zweifel und ignoriert Studien, nach denen die hohen Erwartungen in Gentechnik-Nahrung und -Anbau nicht gerechtfertigt sind. Der Text soll

nun vor einer erneuten Abstimmung umgeschrieben werden - ein eher ungewöhnlicher Vorgang, der von Umweltverbänden begrüßt wurde. Die Internationale Koalition zum Schutz der polnischen Landregionen ICPPC hatte mit Unterstützung deutscher Attac-Gruppen und Umweltorganisationen eine Protest- und Lobbykampagne gegen den Bericht durchgeführt. (jg)

● ICPPC, Jadwiga Lopata, Tel./Fax 0048 33 / 8797114, eMail: biuro@icppc.pl, www.gmo.icppc.pl

Unternehmensberatung für Landwirte bringt besseren Umweltschutz

Die Europäische Umweltagentur (EEA) sieht Bauern als eine entscheidende Zielgruppe für Umweltschutzbemühungen an. Ihnen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu helfen ist Hauptanliegen des EEA-Projekts CIFAS¹. Dessen Schwerpunkt liegt zurzeit auf dem Umgang mit Wasservorräten und der Wirkung von Nährstoffen in der Landwirtschaft. 2005 und 2006 wurden in dem Projekt Informationen über Cross-Compliance-Standards und entsprechende Beratungsmaßnahmen zusammengestellt. Außerdem gibt es eine Website zum Projekt. Die Ergebnisse der bisherigen Arbeit mündeten in einen Bericht, der im März auf einer Konferenz im EU-Parlament diskutiert wurde. (mbu, mb)

● CIFAS, www.ewindows.eu.org/cifas

Genmais MON836 schädigt Leber und Nieren von Laborratten

Einer Studie unabhängiger französischer Wissenschaftler zu Folge gefährdet gentechnisch veränderter Mais möglicherweise die Gesundheit. Die Experten des Committee for Independent Research and Genetic Engineering (CRIIGEN) stellten bei mit MON836 gefütterte Ratten Vergiftungssymptome und Schädigungen von Leber und Nieren fest. Die Maissorte ist seit 2006 für den Import in die EU als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Damit wurde nach Angaben von Greenpeace zum ersten Mal ein Gesundheitsrisiko für eine bereits genehmigte Gen-Pflanze nachgewiesen. Monsanto hatte versucht die Veröffentlichung der Daten aus den Fütterungsversuchen zu verhindern. (mbu)

● CRIIGEN, Paris, Tel. 0033 231 565684, eMail: criigen@unicaen.fr, www.criigen.org

¹ CIFAS: Cross-Compliance-Indikatoren für das landwirtschaftliche Beratungssystem. Gemeint sind vor allem die Umweltkriterien, an die die EU-Agrarbeihilfen seit der Reform von 2005 gekoppelt sind.

Pestizidnutzung gefährdet besonders Kinder

Neuronale Störungen durch Gift in der Nahrung: EU soll Gebrauch reduzieren

In der Debatte um die Überprüfung der EU-Pestizidpolitik fordern Umwelt- und Gesundheitsorganisationen ein Umdenken bei der Benutzung von Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmitteln (Pestiziden) in der Landwirtschaft. Besonders Kinder seien in ihrer Entwicklung gefährdet, wenn sie mit Pestiziden in Kontakt kommen. Die steigende Zahl von mentalen und Verhaltensstörungen bei Kindern wird von Wissenschaftlern wie dem Harvard-Professor Philippe Grandjean bereits als „stille Epidemie“ in der neuronalen Entwicklung bezeichnet.

Keine Grenzwerte für tägliche Ernährung Heranwachsender

Da Kinder sehr viel empfindlicher auf Giftstoffe reagieren, sind strenge Gesetze nach Ansicht der Gesundheits- und Umweltverbände unumgänglich. Während

Grenzwerte für Pestizide in Babynahrung reglementiert seien, gebe es keinen Schutz für ältere Kinder beim Verzehr „normaler“ Nahrung. Forschungsergebnisse zum Thema wurden auf einem Workshop Anfang März in Brüssel vorgestellt.

Umwelt- und Gesundheitsverbände wollen klare Verbotsziele besonders bei Substanzen, die bekanntermaßen oder vermutlich Krebs erregen, das Erbgut schädigen oder die reproduktive Gesundheit gefährden bzw. zu den persistenten und bioakkumulativen Giftstoffen gehören, also schwer abbaubar sind und sich in Organismen anreichern.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) fordert ein EU-weites Ziel, in den nächsten zehn Jahren den Pestizidgebrauch um die Hälfte zu reduzieren. Als Beispiel gilt Dänemark. Laut PAN hat das kleine Land innerhalb von 20 Jahren seinen Pestizidgebrauch um 50 % reduziert.

Bürger in Sorge um ihre Gesundheit - Pestizidpolitik auf der EU-Agenda

Aus einer Eurobarometer-Umfrage¹ vom Februar geht hervor, dass 63 % der EU-Bürger/innen sich über Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Gemüse und Obst Sorgen machen. Die Verbände befürchten, dass sich Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von Pestiziden in Nahrungsmitteln nicht adäquat in politischen Maßnahmen niederschlagen. Zurzeit wird in der EU eine Überprüfung bzw. Neufassung der Pestizidrichtlinie (RL 91/414/EWG) diskutiert.

Parallel hierzu gibt es einen Richtlinien-vorschlag (KOM(2006)373endgültig) ▼ im Rahmen der thematischen Strategie für den nachhaltigen Gebrauch von Pestiziden, es gibt die thematische Strategie selbst und es gibt einen Verordnungsvorschlag zu Berichten und Statistiken bei der Pestizidanwendung. Das Europäische Parlament wird zum Thema Pestizide insgesamt vier Berichte anfertigen. Das Thema steht zurzeit also recht weit oben auf der EU-Agenda.

Umweltausschuss des EU-Parlaments kritisiert Zoneneinteilung

Kritik wird unter anderem an dem Vorschlag der EU-Kommission in der geplanten Richtlinie KOM(2006)373endgültig geäußert, Europa in drei Zonen einzutei-

len, in denen es eine Pflicht zur gegenseitigen Anerkennung von Prüfungsergebnissen bei der Zulassung von Pestiziden geben soll. Wenn also ein Mitgliedstaat ein Produkt überprüft und zugelassen hat, sollen die anderen verpflichtet sein diesen ebenfalls zuzulassen. Allerdings ist die Art und Weise der Prüfung nicht EU-weit harmonisiert. Wenn der Nachbarstaat also weniger weit gehende Bestimmungen hat als der eigene, kann es sein, dass ein Produkt trotzdem zugelassen werden muss. Bei einer Vorabdebatte im Umweltausschuss Ende Februar war in diesem Zusammenhang von „großen Problemen“ die Rede. (jg) ■

• Weitere Informationen

Health & Environment Alliance (HEAL), Genon K. Jensen, 28 Boulevard Charlemagne, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 23436-41, Fax -49
eMail: genon@env-health.org

Workshop-Dokumentation: „Pestizidgebrauch reduzieren für mehr Gesundheit“
www.env-health.org/a/2468

Pestizid Aktions-Netzwerk - PAN Germany, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 3991910-0
eMail: info@pan-germany.org
www.pan-germany.org

Kurzzeitstudie zu Pestiziden in Lebensmitteln: „Wir sind Umwelt“, Hamburg 2006, 23 S., 3,- Euro, ISBN 3981018648; Hrsg./Bezug: PAN (s.o.) (siehe auch S. 31)

Weitere Quellen:
www.euractiv.com/de/umwelt
(6.3.2007), ENDS Europe Daily
28.2./8.3.2007

EU überprüft Pestizide

1993 wurde mit einer Überprüfung von Wirkstoffen in der Richtlinie 91/414/EWG („Pestizidrichtlinie“) begonnen. Dabei geht es um die Risikobewertung von mehreren hundert als Pflanzenschutzmittel eingesetzten Chemikalien (Pestiziden).

Die Überprüfung wurde in mehrere Stufen unterteilt:

- Die erste Stufe des Überprüfungsprogramms wurde von der Europäischen Kommission durchgeführt und umfasste 90 Substanzen.
- Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) veröffentlichte Ende 2006 Schlussfolgerungen zu 52 Stoffen, die in der zweiten Stufe des 2003 gestarteten Überprüfungsverfahrens behandelt wurden (EUR 11.06, S. 20).
- Inzwischen hat die EFSA mit der Begutachtung von 137 Stoffen begonnen, die in der dritten, bis 2008 abzuschließenden Stufe des Überprüfungsprogramms untersucht werden sollen. Fällt die Begutachtung positiv aus, kommen die Stoffe in eine Positiv-Liste.

Einige Stoffe der Positiv-Liste stehen bei Umweltverbänden hart in der Kritik, so z. B. das in der Schweiz bereits verbotene Paraquat.

¹ www.ec.europa.eu/food/food/resources/special-eurobarometer_riskissues20060206_en.pdf

EU überprüft Richtlinie zu Luftschadstoffen

Gesetzgebungsvorschlag mit neuen Zielen bis 2020 für Sommer erwartet

Die EU-Kommission bereitet zurzeit eine Überprüfung der Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmengen (NEC) für bestimmte Luftschadstoffe vor. Diese enthält Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickoxide, flüchtige organische Verbindungen und Ammoniak, die bis zum Jahr 2010 einzuhalten sind. Im für den Sommer erwarteten Vorschlag ▼ der EU-Kommission sollen dann Werte bis 2020 enthalten sein und zusätzlich Grenzwerte für Feinstaub in der Größe von 2,5 Mikrometern festgelegt werden.

Die Emissionsgrenzen werden voraussichtlich der thematischen Strategie zur Luftreinhalte KOM(2005) 446 angepasst sein. Darin gelten folgende Minderungsziele bis 2020 (gegenüber 2000):

- minus 82 % für Schwefeldioxid
- minus 60 % für Stickstoffoxide
- minus 59 % für Feinstaubpartikel (PM_{2,5})
- minus 51 % für flüchtige organische Verbindungen
- minus 27 % für Ammoniak

Mitgliedstaaten müssen mehr tun

Diskutiert wird dabei auch die Einbeziehung von Schwefeldioxid und Stickoxiden in den Emissionshandel. Für die Umweltverbände ist dabei entscheidend, dass die vereinbarten Grenzwerte Handlungsspielräume schaffen und nicht abgeschwächt werden, denn beide Schadstoffgruppen haben negative Effekte auf die Umwelt, die vor Ort und in Ökosystemen spürbar sind. Zudem gibt es bei der Umsetzung in den EU-Mitgliedstaaten Probleme. Wie die schwedische Umweltorganisation AcidRain berichtete¹, haben mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten bereits Schwierigkeiten die Grenzwerte für 2010 einzuhalten. (jg) ■

• Weitere Informationen

Quellen: Europäische Kommission:
www.ec.europa.eu/environment/air/rev_nec_dir.htm
Deutsches NEC-Programm:
www.bmu.bund.de/luftreinhalte/downloads/doc/38641.php

¹ „Slow progress in emission reductions“
www.acidrain.org/pages/publications/acidnews/2006/AN3-06.asp#4

Innenraumluftverschmutzung: Wichtigste Stoffe benannt

SCHER-Ausschuss veröffentlicht Bericht über Risikosubstanzen

Der 19-köpfige wissenschaftliche Ausschuss für Gesundheits- und Umweltrisiken (SCHER) hat eine Liste mit Chemikalien und anderen Stoffen veröffentlicht, die bei der geplanten Überprüfung der Risiken von Innenraumluftverschmutzung vorrangige Beachtung finden sollen. Es sind dies

- Kohlenmonoxid,
 - Formaldehyd,
 - Benzene,
 - Stickoxide und
 - Naphtaline.
- Darüber hinaus genannt wurden
- Radon,
 - Feinstäube,
 - Mikroben und
 - überhöhte Feuchtigkeit (Schimmelbildung).

Die Folgen von Innenraumluftverschmutzung werden zurzeit unter dem übergeordneten EU-Programm zu Umwelt und Gesundheit erforscht. Der SCHER-Ausschuss kritisiert in seinem Bericht mangelnde Risikodaten für Innenraumluftverschmutzung und empfiehlt, für die geplante Risikobewertungsstrategie die Prinzipien der toxikologischen Risikobewertung unter der EU-Chemikalienkontrollgesetzgebung anzuwenden.

Gesundheits- und Umweltverbände fordern durchgreifende Maßnahmen

Das Gesundheits- und Umweltschutzbündnis HEAL schätzt den Bericht in einigen Punkten als zu schwach ein. Angesichts der besonderen gesundheitlichen Sensibilität einiger Bevölkerungsgruppen wie z. B. Kinder fordert HEAL durchgreifende Maßnahmen der EU. (jg) ■

• Weitere Informationen

Health & Environment Alliance (HEAL),
Christian Farrar-Hockley, 28 Boulevard
Charlemagne, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 23436-44, Fax -49
eMail: christian@env-health.org

Bericht des SCHER-Ausschusses:
www.ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scher/docs/scher_o_048.pdf

Quelle: ENDS Europe Daily 01.03.07

Newsticker

Finnland überholt EU mit Bodenschutzgesetz

Die finnische Regierung hat den Entwurf eines neuen Bodenschutzgesetzes veröffentlicht, der Grenzwerte für 50 Chemikalien und Chemiegruppen in verschmutzten Böden definiert. Die neue Verfügung soll eine unverbindliche alte ersetzen. Die Verfügung enthält höhere oder niedrigere Werte, je nachdem wo der Boden sich befindet und wie er genutzt wird (Industriegelände, Wohngebiet etc.). Das Land ist damit schneller als die EU-Kommission, deren Bodenschutz-Rahmenrichtlinie noch immer auf sich warten lässt. (jg)
Quelle: ENDS Europe Daily 05.03.07

Tschernobyl-Erbe: Verseuchtes Wasser auf 300 Jahre

Neueste Forschungsergebnisse zeigen weitere Gefahren des Reaktorunglücks in Tschernobyl für die Ukraine. Expert/innen wiesen im März darauf hin, dass die aus dem Kraftwerk selbst austretende Radioaktivität zwar hoch, aber nicht die größte Gefahr ist. Vielmehr werde durch Brände der radioaktiv verseuchten Wälder in der 30-km-Zone, einen auffälligen Staudamm am Fluss Pripjat und zerstörte Lager für Atommüll und verstrahlte Technik permanent eine hohe Strahlung an die Umwelt abgegeben. Bald seien alle Trinkwasserbrunnen in der Kiewer Region für die nächsten 300 Jahre verseucht. Hinzu komme, dass aus der Sperrzone illegal Gegenstände, Pilze und Tiere entnommen und auf den umliegenden Märkten verkauft würden. Der ukrainische Oberste Rat habe zwar kürzlich die Strafgesetze verschärft, es gebe aber zu wenig Geld und Personal zur Durchsetzung von Schutzmaßnahmen. (jg)

Quelle: www.de.rian.ru/society/20070316/62135652.html

EU-Gipfel verabschiedet neue Klima- und Energiepolitik

Kernelemente des Vorschlags der EU-Kommission übernommen

Mit der Verabschiedung des angekündigten „Energiepakets“ durch die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat am 8. und 9. März tritt die europäische Klima- und Energiepolitik in eine neue Phase ein. Auf ihrem Gipfeltreffen übernahmen die Spitzenpolitiker/innen weitgehend die von der EU-Kommission im Januar vorgelegten Vorschläge. ▼ Umweltverbände begrüßten die Entscheidung.

Die Beschlüsse im Einzelnen:

30 Prozent weniger Treibhausgase - wenn die USA mitmachen

Die EU-Staaten verpflichten sich, ihren Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent zu verringern, wenn die anderen großen Emittenten - vor allem die USA - sich die gleichen Ziele setzen. Ohne eine globale Einigung will die EU ihre Emissionen lediglich um 20 Prozent reduzieren. Als Basisjahr gilt 1990. Gleichzeitig vereinbarten die Staats- und Regierungschefs ein langfristiges Reduktionsziel für Treibhausgase von 60-80 Prozent bis zum Jahr 2050. Weiterhin forderte der Europäische Rat die EU-Kommission auf, bei der Überarbeitung des europäischen Emissionshandelssystems den Verkehrssektor einzubeziehen.

20 Prozent Erneuerbare Energien - verbindlich

Der Ausbau der erneuerbaren Energieträger soll deutlich beschleunigt werden. Im Jahr 2020 müssen 20 Prozent der Primärenergie aus Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse stammen. Welcher Staat wieviel Prozent auf nationaler Ebene erreichen muss, wird in den nächsten Monaten festgelegt. Dabei sollen die unterschiedlichen klimatischen und technologischen Voraussetzungen in Betracht gezogen werden.

Das 20-Prozent-Ziel gilt verpflichtend - was bis zur letzten Minute umstritten war. Der Versuch Frankreichs, Atomstrom als erneuerbare Energiequelle anrechnen zu lassen, weil ein Atomkraftwerk im laufenden Betrieb relativ wenig CO₂ produziert, wurde abgelehnt. Ende dieses Jahres will die EU-Kommission einen Gesetzesvor-

schlag für den Ausbau der erneuerbaren Energieträger vorlegen.

10 Prozent Anteil an Biokraftstoffen

Während für die Erneuerbaren Energien keine sektoralen Ziele für Strom und den Bereich Kühlung/Wärme vorgeschrieben wurden, vereinbarte der Rat einen zehnpromzentigen Anteil von Biokraftstoffen am Kraftstoffmix der einzelnen EU-Staaten bis zum Jahr 2020. Das Ziel soll allerdings nur gelten, wenn die so genannte zweite Generation von Biokraftstoffen zu diesem Zeitpunkt marktreif ist. Umwelt- und Entwicklungsverbände hatten den forcierten Ausbau der Biokraftstoffe im Vorfeld des Gipfels kritisiert. Eine Umwelt- und Sozialverträglichkeit sei nicht gewährleistet, wenn nicht ein umfassendes Zertifizierungssystem beschlossen werde.

Energieeffizienz, neue Technologien, Marktentflechtung

Weiterhin bestätigten die Staats- und Regierungschefs das Ziel, die Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu steigern, so wie es in dem Aktionsplan vom Oktober 2006 vorgesehen ist. Auch der Ausbau von so genannten neuen Kohletechnologien, vor allem der CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS), soll beschleunigt werden. Dafür will die EU 12 Pilotanlagen fördern. Mehrere Umweltverbände hatten CCS als Scheinlösung kritisiert.

Schließlich befürwortet der Rat eine weitergehende Entflechtung der Energiemärkte. Die Forderung nach einer „effektiven Trennung“ von Produktion und Bereitstellung von Energie bleibt allerdings vage.

Erfolg für Angela Merkel

Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin Angela Merkel, die sich für diese Ziele eingesetzt hatte, kann mit den Ergebnissen des Gipfels einen wichtigen Erfolg für sich verbuchen. Nachdem sie noch einige Wochen zuvor bei dem Streit um CO₂-Emissionen von Neuwagen wegen ihrer Parteinahme für die deutsche Automobilindustrie massiv in die Kritik geraten war, wurde ihre Leitung der Ratssitzung von allen Seiten positiv hervorgehoben.

Lob und Kritik von Umweltverbänden

Umweltverbände wie NABU und WWF begrüßten die Entscheidung des Rates. Vor allem mit dem Minderungsziel für Treibhausgasemissionen und den verpflich-

tenden Ausbauzielen für Erneuerbare Energieträger sei ein sehr wichtiger Schritt getan. Nun komme es darauf an, die Ziele konkret umzusetzen. Die Umweltverbände kritisierten den Versuch Frankreichs, Atomkraft als erneuerbar anzurechnen. (ms) ■

• Weitere Informationen

Die Schlussfolgerungen des Rates
www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/93135.pdf

Pressemitteilung des NABU
www.nabu.de/m07/m07_06/06306.html

Pressemitteilung des WWF
www.wwf.de/presse/details/news/europa_erwaermt_sich_fuer_klimaschutz

Umfrage: EU-Bürger/innen wollen Klimaschutz

Negative Klimawirkungen des Energieverbrauchs allgemein bekannt

Das letzte „Eurobarometer“ - so heißen die regelmäßigen EU-weiten Meinungsumfragen zu bestimmten Themen - hatte die Themen Klimaschutz und Energie zum Schwerpunkt und ergab hohe Zustimmungsraten zum Klimaschutz. Die wichtigsten Ergebnisse waren:

- 82 % der Europäer/innen ist bewusst, dass die Art des Energieverbrauchs und der Energieproduktion in ihrem Land sich negativ auf das Klima auswirkt.
- Zwei Drittel der EU-Bürger/innen glauben, dass Energiefragen besser „durch Maßnahmen auf EU-Ebene“ als durch „Maßnahmen auf nationaler Ebene“ gelöst werden können.
- 83 % befürworten, dass die EU einen Mindestprozentsatz für die Nutzung Erneuerbarer Energien festlegt.
- 80 % der EU-Bürger/innen gaben an, dass die Energieeffizienz ihre Entscheidung beim Kauf von Haushaltsgeräten beeinflusse.
- 61 % der EU-Gesamtbevölkerung wollen, dass der Anteil der Atomenergie wegen des Problems der Nuklearabfälle und der Unfallgefahr verringert wird. 92 % fordern die Einführung EU-einheitlicher hoher Sicherheitsanforderungen für alle kerntechnischen Anlagen.

Für die Umfrage wurden im Februar insgesamt 5.800 Personen in allen 27 EU-Mitgliedstaaten befragt. (jg) ■

• Weitere Informationen

Europäische Kommission
www.europa.eu/rapid (IP/07/280)

www.ec.europa.eu/energy/energy_policy/index_en.htm

Experten: Schiffsschadstoffe in Emissionshandel einbeziehen

Hafengebühren oder CO₂-Obergrenzen pro Schiff wären Möglichkeiten

Eine von der EU-Kommission beauftragte Expertengruppe hat die Einbeziehung der Schiffsschadstoffe in den Emissionshandel empfohlen. Der Ende Februar veröffentlichte Bericht nennt dies den einzigen Weg, den Einfluss des wachsenden Schiffsverkehrs auf das Klima zu begrenzen. Darüber hinaus ermögliche diese Methode den Schiffseignern flexibel zu reagieren und sei praktikabel in der Um- und Durchsetzung.

Alternativ könne die EU CO₂-abhängige Hafengebühren oder CO₂-Grenzwerte für alle Schiffe in EU-Häfen einführen. Diese Methoden hätten den gleichen Umwelteffekt wie der Emissionshandel, so der Expertenbericht. Allerdings sei bei allen drei Methoden noch unklar, wie die Abschätzung der CO₂-Mengen erfolgen solle. Dies werde auch im Rahmen der Weltschiff-fahrtsorganisation IMO zurzeit diskutiert, die einen Index zur Messung von CO₂ pro Tonnenkilometer oder ähnliche Bezugsgrößen entwickle. Der Bericht beklagt aber fehlende Daten, um alle Schiffskategorien der Weltflotte erfassen zu können.

Schwefelgehalt der Kraftstoffe reduzieren, neue Techniken einsetzen

Als weitere Maßnahme zur Reduktion von Schiffsschadstoffen nennt der Bericht die bessere Umsetzung der Richtlinie 2005/33/EG über den Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen in der gesamten EU.

Darüber hinaus wird eine Entscheidung über Genehmigungskriterien angemahnt, die zu bereits existierenden technischen Methoden zur Schwefelabscheidung verabschiedet werden müssten, damit diese auf den Markt gebracht werden können. Seit 1990 seien sechs entsprechende Versuchsprojekte angelaufen. Die schwedische Umweltorganisation AcidRain hat berechnet, dass mit diesen Technologien 80-90 % der Schwefel- und Stickstoffemissionen eingespart werden könnten. (EUR 02.07, S. 18). (jg) ■

• Weitere Informationen

Bericht der Expertengruppe:
www.ec.europa.eu/environment/air/pdf/transport/final_report.pdf

Klimawandel bringt Sommersmog zurück

Europäische Umweltagentur: Ozonwerte stiegen 2006 wieder an

Der Sommersmog hat 2006 in Europa die zweithöchsten Werte der letzten zehn Jahre erreicht. Das geht aus dem jährlichen Emissionsbericht der Europäischen Umweltagentur hervor. Nur 2003 seien die Ozonwerte höher gewesen. Im Sommer 2006 betrug der angestrebte Grenzwert 180 Mikrogramm pro Kubikzentimeter ($\mu\text{g}/\text{cm}^3$). Daran gemessen waren die Werte von bodennahem Ozon vor allem auf den Britischen Inseln sowie in Mittel- und Osteuropa zu hoch. Der Alarmgrenzwert der EU von $240 \mu\text{g}/\text{cm}^3$ wurde 2006 sogar 190-mal überschritten. Im Vergleich dazu war dies im Jahr 2005 „nur“ 127-mal und 2004 nur 99-mal der Fall. Rekordjahr bleibt allerdings 2003 mit seiner sommerlichen Hitzewelle.

EU verfehlt Langzeitziel

Im Sommer 2006 wurde die höchste (stündlich gemessene) Ozon-Konzentration mit $370 \mu\text{g}/\text{cm}^3$ in Italien ermittelt. Höchstwerte zwischen 300 und $360 \mu\text{g}/\text{cm}^3$ wurden in Österreich, Frankreich, Portugal, Rumänien und Spanien gemessen. Das vorgegebene Langzeitziel, die menschliche Gesundheit zu schützen, indem die über acht Stunden gemessene maximale Ozon-Konzentration $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ nicht übersteigt, wurde in der EU wie auch in anderen europäischen Ländern nicht erreicht.

Erhöhte Ozonwerte bleiben in der EU ein Problem

Der Bericht resümiert, dass zu hohe Ozonwerte trotz der vorbildlichen Reduktionen des letzten Jahrzehnts ein Problem bleiben. Das Phänomen sei im Wesentlichen auch von klimabedingten Veränderungen hervorgerufen worden: Heiße und trockene Sommer sollen zum Anstieg der Ozonwerte in hohem Maße beigetragen haben. (mt) ■

• Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur (EEA),
Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen K
Tel. 004533 / 3671-00, Fax - 99
www.eea.europa.eu

Schutz der Ozonschicht schützt auch das Klima

Montreal-Protokoll erfolgreicher für Klimaschutz als Kyoto-Protokoll

Durch das Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht ist bis heute deutlich mehr für den Klimaschutz erreicht worden als durch das Kyoto-Klimaschutzprotokoll. Dies ergab eine Studie von niederländischen und US-Umweltforschern. Als Erfolg des völkerrechtlichen Vertrages von Montreal 1987 sehen die Wissenschaftler, dass das Ozonloch in etwa 60 Jahren geschlossen sein werde. Sie zeigten sich darin einig, dass der Klimawandel ohne Ozon-Umweltbewusstsein schon viel weiter fortgeschritten wäre. Die Reduktion der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) seit 1974 verzögere die weltweite Erwärmung durch den Anstieg von CO₂ bereits um bis zu 45 Jahre.

Wissenschaftlichen Berechnungen zufolge entspricht die durch das Protokoll festgesetzte Reduktion von Ozonschicht-schädigenden Chemikalien bis 2012 einer Treibhausgasreduktion von 11 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr, während das Kyoto-Protokoll in seiner ersten Periode bis 2012 nur 2 Mrd. t einspart.

Montreal-Protokoll leichter durchsetzbar

Angesichts der schleppenden Umsetzung des Kyoto-Protokolls schlagen die Forscher vor, auf eine Erweiterung des Montreal-Protokolls zu setzen. Tatsächlich sei es viel leichter, die Emissionen seltener Gase kontrolliert zu beschränken als den Ausstoß von CO₂, das bei jeder Verbrennung organischer Substanzen entsteht.

Das Montreal-Protokoll war am 1. Januar 1989 - 15 Jahre nach dem ersten Alarmruf der Chemiker Mario Molina und Frank Rowland 1974 - in Kraft getreten. Das Protokoll betraf die Produktion und Emission von chlor-, brom- und fluorhaltigen Kohlenwasserstoffen, die mit dem Ozon in der Ozonschicht reagieren und diese dadurch zersetzen. Daneben tragen die Substanzen als Treibhausgase auch erheblich zur Erderwärmung bei. (mt) ■

• Weitere Informationen

Quelle: ENDS Europe Daily 07.03.07, www.ends.europedaily.com/docs/70306c.pdf

Newsticker

Klima-Appell an Angela Merkel - weitere Aktionen sollen folgen

Kurz vor dem Europäischen Rat (siehe S. 19) hat ein Bündnis von Umweltorganisationen - darunter auch der DNR - Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, ihre EU-Ratspräsidentschaft für Fortschritte beim Klimaschutz zu nutzen. Bereits nach wenigen Tagen hatten knapp 10.000 Menschen den Appell unterzeichnet. Das Vorbild des Klima-Appells kommt aus Frankreich, wo bereits über 100.000 Menschen den Appell unterstützen. Das Bündnis nennt sechs zentrale Forderungen. So müsse die EU

- Europa zum Vorreiter bei den Klimaverhandlungen machen,
- Europas Autohersteller zum Klimaschutz verpflichten,
- die Erneuerbaren Energien konsequent ausbauen,
- Energieeffizienz fördern,
- die Monopolmacht der Energiekonzerne beenden und
- Europas Airlines für ihren CO₂-Ausstoß zahlen lassen.

Die Initiative CampAct, die den Appell koordiniert hatte, kündigte eine öffentlichkeitswirksame Aktion zum informellen Ratstreffen der europäischen Umweltminister vom 1. bis 3. Juni in Essen an. (ms) www.klima-appell.de

Barroso beruft Klimaexpertengremium

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat eine Gruppe von international bekannten Klima- und Energieexpert/innen in ein neu gegründetes Beratungsgremium berufen. Unter den Experten sind Nicholas Stern aus Großbritannien, Claudia Kempfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Claude Mandil von der Internationalen Energieagentur und Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Die Mitglieder stammen aus verschiedenen Fachrichtungen und handeln im eigenen Namen. Sie sollen der EU-Kommission bei der Klima- und Energiepolitik zur Seite stehen. (ms) Quelle: www.europa.eu/rapid/IP/07/283

Konsultation zu CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) bis 16.4.

Die EU-Kommission hat ein öffentliches Anhörungsverfahren zum Thema CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) initiiert. Bis zum 16. April können sich Interessierte an der

Konsultation beteiligen und der Kommission im Internet ihre Meinung mitteilen. (nt) www.ec.europa.eu/environment/climat/ccs/consult_en.htm

DIW: Klimawandel kann 800 Milliarden Euro bis 2050 kosten

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat die ökonomischen Kosten des Klimawandels für Deutschland berechnet. Nach einer neuen Studie des Instituts würden der deutschen Volkswirtschaft bis zum Jahr 2050 Kosten in Höhe von 800 Milliarden Euro entstehen, wenn die globale Durchschnittstemperatur um 4,5 Grad Celsius steigen würde. Bis zum Jahr 2100 wären es sogar 3.300 Milliarden. Betroffen wären sämtliche Wirtschaftsbereiche. So würde etwa die Land- und Forstwirtschaft unter Wassermangel leiden oder die Tourismusindustrie unter den schwindenden Skigebieten in den Alpen. Sich ausbreitende Krankheiten und die allgemein steigenden Temperaturen würden zu erhöhten Kosten im Gesundheitssystem führen. (ms)

Quelle: DIW-Wochenbericht 11/2007



Natura 2000: Verbände bleiben außen vor

Umweltorganisationen diskutieren Umsetzung von EU-Schutzgebietsnetz

Ende Februar haben sich unter dem Dach des Europäischen Umweltbüros (EEB) in Brüssel Natura-2000-Expert/innen aus Nichtregierungsorganisationen (NGO) getroffen. Die Vertreter/innen aus zwölf EU-Mitgliedstaaten tauschten sich über den Stand der Umsetzung in ihren Ländern aus.

Als wichtigste Probleme wurden genannt:

- Umweltverbände sind nicht in die Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) und der Vogelschutzrichtlinie eingebunden;
- Managementpläne fehlen;
- Grenzen der Natura-2000-Gebiete sind nicht eindeutig festgelegt;
- Natura-2000-Gebiete stehen im Konflikt mit Projekten von überragendem öffentlichen Interesse.

1. Biodiversität im Arbeitsprogramm der Portugiesischen Präsidentschaft

► Die Portugiesische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2007 will Biodiversität unter drei Gesichtspunkten in ihr Arbeitsprogramm aufnehmen:

- Biodiversität in Zeiten des Klimawandels;
- Wasserressourcen;
- Biodiversität und Privatsektor („Business and Biodiversity“).

Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf dem Privatsektor liegen. Gemeinsam mit der EU-Kommission und verschiedenen Akteuren in den Mitgliedstaaten soll ein Konzept für freiwillige Vereinbarungen verabschiedet werden, mit denen Unternehmen über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus einen Beitrag zum Biodiversitätsschutz leisten können. Das Konzept soll bis zum Ende der portugiesischen Ratspräsidentschaft im Dezember erarbeitet werden. In diesen Prozess sollen auch Nichtregierungsorganisationen (NGO) eingebunden werden. Vor allem die Überwachung des Engagements der Wirtschaft könne eine Aufgabe für NGOs sein, so ein Vertreter der portugiesischen Regierung, um Greenwashing¹ zu vermeiden. Erste Projekte sollen ab 2008 anlaufen.

¹ Greenwashing: Firmen-PR, die eigenes Umweltengegment herausstellt, ohne dass substanzielle Fortschritte im Umweltschutz gemacht werden. Siehe www.de.wikipedia.org/wiki/Greenwashing

2. Das „2010 Readiness Assessment“

► Hinter dem „2010 Readiness Assessment“ steht ein von der EU-Kommission gefördertes Projekt, dass durch die Weltnaturschutzunion IUCN ausgeführt wird. Ziel ist es, Informationen darüber zusammenzutragen, wie die einzelnen Mitgliedstaaten dem Verlust an Biodiversität entgegenwirken und wie nahe sie dem 2010-Ziel gekommen sind, also der Eindämmung des Artenverlustes bis zum Jahr 2010. Die Ergebnisse sollen erstmals im Juni vorgestellt werden. Ausführlichere Ergebnisse sollen auf der Konferenz „Environment for Europe“ im Oktober in Belgrad präsentiert werden.

3. EEB-Seminar zur Umsetzung von Natura 2000

Dass es auch anders gehen kann, zeigten bei dem Treffen Vertreter verschiedener Organisationen mit sechs Fallbeispielen, in denen sie die Umsetzung von Natura 2000 aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchteten. Die sechs Fälle waren:

- Umsetzung von Natura 2000 durch Landbesitzer (European Landowner's Organisation, ELO);
- Verträglichkeitsprüfungen in Deutschland (Bundesamt für Naturschutz);
- Ausgleichsmaßnahmen beim Bau eines Damms zur Trinkwasserversorgung in einem Natura-2000-Gebiet (Spanien);
- Managementpläne in Frankreich (Office National des Forêts, ONF);
- Hafenerweiterung in Rotterdam und Natura 2000 (Landscape Protection Association of South Holland);
- Artenschutz außerhalb von Natura 2000 (PRO Silva).

Die Präsentationen können auf der Internetseite des EEB abgerufen werden. ●

Ende März will das EEB eine Publikation mit Best-Practice-Beispielen aus den Mitgliedstaaten zur Umsetzung von Natura 2000 vorstellen. (ut) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Pieter de Pous, Referent für Biodiversität, Bodenschutz und Wasser; Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 00 32 2 / 28910-90, Fax -99
eMail: pieter.depous@eeb.org
www.eeb.org

Präsentationen:
www.eeb.org/activities/biodiversity

2010 Readiness Assessment
IUCN/EHF, Janice Weatherly; Rue Vergote 15, B-1030 Brüssel
Tel. 0032 2 / 732-8299, Fax -9499
eMail: janice.weatherly@iucn.org
www.countdown2010.net

Gastbeitrag Biologische Vielfalt heißt auch Existenzgrundlage

Von Martin Kaiser, Greenpeace

NGOs berieten über Begleitung des UN-Biodiversitätsgipfels 2008 in Bonn

Das G8-Umweltministertreffen Mitte März in Potsdam¹ sollte nach Auffassung von Bundesumweltminister Gabriel der Auftakt einer Serie von Konferenzen sein, die zum UN-Weltgipfel über Biologische Vielfalt im Mai 2008 in Bonn den Durchbruch zur Erreichung des 2010-Biodiversitäts-Ziels bringen. Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich Anfang März in Berlin zu einem Strategie-Workshop zusammenschlossen, teilen die Einschätzung, dass mit der besonderen Rolle Deutschlands im Rahmen der internationalen Verhandlungen über Biodiversität und Klima die Möglichkeit besteht, den Arten- und Lebensraumverlust nicht nur weiter zu verwalten, sondern tatsächlich zu stoppen („2010-Ziel“), also den Abwärtstrend umzukehren.

NGOs wollen Bedeutung von Biodiversität herausstellen

Internationale NGOs, NGO-Netzwerke, Organisationen Indigener Völker sowie die AG Biodiversität im Forum Umwelt & Entwicklung wollen den Bonner Weltgipfel unter dem Slogan „Climate - Biodiversity - Livelihood²“ in die Öffentlichkeit bringen. Dabei geht es um die Bedeutung der Biologischen Vielfalt für Ökosysteme, Tier- und Pflanzenarten, für genetische Vielfalt, aber vor allem auch für viele betroffene Menschen.

Verbindungen zur Klimadebatte

Die aktuelle Klimadebatte kann sehr hilfreich sein, um die Abhängigkeit der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre nicht nur vom fossilen, sondern auch vom biogenen Kohlenstoff zu zeigen. Zudem wird die Klimakatastrophe zum maßgeblichen Einflussfaktor für das ungebremste Artensterben. So wird sich über kurz oder lang die Fichte in Deutschland nicht mehr gegen Trockenextreme und an Stärke und Häufigkeit zunehmende Stürme wehren können und verschwinden.

Gefährdete Wälder

Auch über die weltweite Waldvernichtung zu reden kann der Öffentlichkeit verdeutlichen, dass nicht nur Lebensräume von seltenen Pflanzen und Tieren verschwinden, sondern auch die Heimat vieler indigener und lokaler Gemeinschaften sowie wichtige Rohstoffe für Medizin und Ernährung. Dafür sind Konsum und Handel von Holz- und Papierprodukten sowie Futtermitteln für die Fleischproduktion der Industrieländer maßgeblich verantwortlich. Zunehmend wird auch die Nachfrage nach so genanntem Biosprit den Druck auf die Urwälder erhöhen.

Gerechten Vorteilsausgleich rechtsverbindlich festlegen

Daneben ist es wichtig zu zeigen, dass Schutzgebiete vor allem einen Schutz gegen industrielle Ausbeutung darstellen und deshalb stark auszuweiten sind, ob im Wald oder auf den Weltmeeren. Entscheidend wird es sein, dass 2008 in Bonn der gerechte Vorteilsausgleich (ABS) bei der Nutzung der genetischen Vielfalt rechtsverbindlich geregelt wird. Die nächsten Schritte der Nichtregierungsorganisationen können im Internet verfolgt werden. ● Ziel ist es, den politischen Druck so zu erhöhen, dass die Staats- und Regierungschefs die notwendigen, rechtsverbindlichen Entscheidungen zum gerechten Welthandel sowie zum gerechten Vorteilsausgleich bis Mai 2008 treffen. ■

● Weitere Informationen

Greenpeace, Martin Kaiser, Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-321, Fax. -130
eMail: martin.kaiser@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Nächste Schritte der NGOs:
www.biodiv-network.de

Bulgarien will FFH-Gebiete um ein Drittel verkleinern

Naturschützer: Auswahlkriterien folgen nur Investoreninteressen

Bulgarische und europäische Umweltgruppen haben Anfang März die bulgarische Regierungsentscheidung kritisiert, insgesamt ein Drittel der ursprünglich vorgeschlagenen FFH- und Vogelschutzgebiete aus dem Natura-2000-Netzwerk auszuschließen. Die insgesamt 37 Gebiete liegen größtenteils in naturnahen Bergregionen sowie entlang der Schwarzmeerküste und sind im Blick der Tourismusbranche und von Investitionsplänen. Die Umweltverbände zeigten sich entsetzt darüber, dass die Gebiete „letztendlich nicht nach wissenschaftlichen Kriterien, sondern nach den Interessen der Investoren ausgewählt worden sind“.

Naturschutzverbände wenden sich an EU-Kommission

Das bulgarische Natura-2000-Netzwerk umfasst nach jetzigem Stand 18 % der Landesfläche statt der anfangs angestrebten 34 %. Einige der gestrichenen Gebiete sind bereits als Feuchtgebiete internationaler Bedeutung nach der Ramsar-Konvention anerkannt.

Die bulgarische Regierung hat zugesagt, die Entscheidung über die aus dem Natura-2000-Netzwerk herausgenommenen Gebiete bis Oktober 2007 erneut zu überprüfen. Kritiker befürchten jedoch, dass dieser Zeitraum für eine wissenschaftliche Evaluierung zu kurz sei, die Monate bis dahin aber für die Realisierung von Bauprojekten ausreichen. Umweltverbände haben nun die EU-Kommission aufgefordert, die bulgarische Regierung in die Schranken zu weisen. Eine Reaktion der Kommission wird bis Mitte April erwartet. (bv) ■

● Weitere Informationen

WWF Bulgarien, Vesselina Kavrakova
eMail: kavrakova@wwfdcp.bg
Tel. 00359 888 269509

Quellen: ENDS Europe Daily, 09.03.07,
www.bankwatch.org (07.03.07),
www.greenbalkans.org/n202
www.europeangreens.org (Pressemitteilung 06.03.07),
www.panda.org/about_wwf/
what_we_do/policy?uNewsID=94480

¹ Siehe Beitrag auf Seite 7.

² Livelihood: Lebensunterhalt, Existenzgrundlage.

Nachhaltige Wildsammlung von Heilpflanzen

Erster internationaler Standard geht in die Anwendungsphase

Erstmals gibt es Kriterien für eine nachhaltige Wildsammlung von Heil- und Aromapflanzen. Über 400.000 Tonnen Heilpflanzen-Rohware gelangen jährlich in den internationalen Handel. Rund achtzig Prozent der gehandelten Arten werden wild in der Natur gesammelt - oft ohne Rücksicht auf ihr langfristiges Überleben.

Die Kriterien für den „Internationalen Standard für Nachhaltige Wildsammlung von Heil- und Aromapflanzen“ (ISSC-MAP) wurden durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN), die Weltnaturschutzunion IUCN, den WWF und das Artenschutzprogramm TRAFFIC entwickelt und Mitte Februar veröffentlicht. Eingeflossen sind u. a. bestehende Prinzipien und Richtlinien für nachhaltige Waldnutzung, biologischen Anbau, fairen Handel und Produktqualität.

Ökologische Nachhaltigkeit ist zentral

Im Mittelpunkt steht die ökologische Nachhaltigkeit der Sammlung, die in existierenden Standards meist nur eine Nebenrolle spielt. Erfasst werden sollen u. a. der Schutzstatus der Pflanze, ihr Bestand sowie mögliche Bedrohungsfaktoren. Bei der Festlegung der Erntemethode und -menge sind vor allem die biologischen Eigenschaften der Pflanze wichtig. Bis 2009 soll der Standard in zehn Projekten weltweit umgesetzt und optimiert werden.

Mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 45.000 Tonnen Heilpflanzen ist Deutschland im europäischen Vergleich Spitzenreiter. Weltweit steht Deutschland beim Import an vierter und beim Export an fünfter Stelle und ist somit eines der wichtigsten Handelszentren. (bv) ■

• Weitere Informationen

WWF Deutschland, Ulrike Bauer, Rebstocker Str. 55, 60326 Frankfurt/M. Tel. 069 / 79144-216 eMail: info@wwf.de

Quellen:

www.wwf.de/presse/details/news/nachhaltig_wild_rettung_fuer_baerentraube_co/89/cHash/da58cd3e14
www.iucn.org/themes/ssc/news/2007_articles/medicinal_plant.htm

Newsticker

LIFE+: Budget-Entscheidung geht in Vermittlungsausschuss

Die Außenminister der EU haben Anfang März die Position der zweiten Lesung ▼ des Europäischen Parlaments zur Finanzierung des EU-Naturschutzprogramms LIFE+ formal abgelehnt. Hauptgrund der Meinungsverschiedenheit ist der Widerstand des Parlaments gegen die Vergabe von 80 % des LIFE+-Budgets durch die Regierungen der Mitgliedstaaten. EU-Ministerrat und Parlament müssen nun im Vermittlungsausschuss versuchen eine Einigung zu erzielen. (bv)

Quellen: ENDS Europe Daily 06.03.07, www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/93079.pdf

Finnlands Waldschutz unzureichend

Die finnische Regierung ist wegen der Kahlschlagaktionen in den Wäldern im Norden des Landes unter Druck geraten. Ein von mehr als 200 finnischen Wissenschaftlern unterschriebener Aufruf weist auf die signifikante Schädigung der Biodiversität durch die Fällungen hin. Die Regierung kündigte für 2008 eine Parlamentsdebatte über das Thema an. (bv) Quellen: Ends Europe Daily 14.03.2007, Aufruf: www.endseuropedaily.com/docs/70314a.doc

Dimas: Industrie soll sich für Biodiversitätsschutz einzusetzen

In einer Rede über das 2010-Biodiversitätsziel hat EU-Umweltkommissar Dimas die Wirtschaft aufgefordert, sich stärker für den Biodiversitätsschutz einzusetzen. Die Veranstaltung fand bei dem Beratungskonzern PricewaterhouseCoopers statt, der sich bei „business for biodiversity“ engagiert. Mit dieser Initiative versucht die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission die Industrie als Partner für die Erreichung des 2010-Ziels zu gewinnen. (bv) Quelle: www.europa.eu/rapid/searchAction.do (23.02.07)

Genmais-Anbau im Europäischen Vogelschutzgebiet Rhin-Havelluch

Der NABU versucht mit juristischen Schritten die geplante Freisetzung von genmanipuliertem Mais in dem Europäischen Vogelschutzgebiet und Kranich-Rastgebiet Rhin-Havelluch bei Berlin durch den US-Agrarkonzern Pioneer HiBred zu verhindern. (bv) Quelle: NABU Pressedienst, 20.02.2007

Proteste gegen Umweltzerstörung durch Bauboom auf Mallorca

Über 50.000 Mallorquiner/innen haben Mitte März gegen den Bau- und Immobilienboom protestiert. Viele Bewohner befürchten, die Baleareninsel könnte mit dem ungebremsten Bau von immer mehr Hotels, Villen und Feriensiedlungen allmählich zubetoniert werden. Die Umweltschutzorganisation GOB, die zu der Kundgebung aufgerufen hatte, beklagte einen „beispiellosen Raubbau an der Natur“, da nicht einmal vor Schutzgebieten halt gemacht werde. Mallorca hat im vergangenen Jahr eine Rekordzahl von 9,6 Millionen Urlaubern aufgenommen, neun Prozent mehr als im Vorjahr. Die Deutschen bildeten mit 3,6 Millionen die größte Gruppe. (nt) Quellen: www.focus.de/reisen/reisefuehrer/mallorca_aid_51031.html www.ksta.de/html/artikel/1173175261027.shtml

Weltweites Amphibiensterben durch Erderwärmung

Mit dem „Global Amphibian Assessment“ hat ein Netzwerk internationaler Forscher eine Art weltweiter Lurch-Inventur durchgeführt, wonach mit 5.743 Arten fast ein Drittel aller Amphibien unmittelbar vom Aussterben bedroht sind. Gleichzeitig brächen ganze Amphibienpopulationen sonst häufiger Arten ein. Hauptursache für den weltweiten Rückgang der Amphibien seien der Klimawandel sowie der Hautpilz Batrachochytrium dendrobatidis, der für Amphibien häufig tödliche Erkrankung Chytridiomykose auslöst. Einige Amphibienarten überleben mit der Infektion, andere Populationen werden innerhalb kürzester Zeit hinweggerafft. Amphibien sind besonders anfällig gegenüber Umweltveränderungen, da sie als wechselwarme Tiere mit feuchter Haut und auf Wasser angewiesener Fortpflanzungsweise stark von den äußeren Bedingungen abhängig sind. Derzeit gehen Experten davon aus, dass die Frösche zu den ersten Opfern der globalen Erderwärmung gehören. Die Häufung von Klimaextremen führt zum Beispiel durch verlängerte Trockenperioden oder ungewöhnliche Temperaturmaxima zu massivem Umweltstress, der die Amphibien anfällig für den Hautpilz macht. (bv) Quellen: taz 09.03.07, www.wwf.de/?id=5178 ■

Gastbeitrag EU-Grünbuch Stadtverkehr - bitte einsteigen!

Von Christian Kölling, Grüne Liga

Öffentliche Beteiligung dringend nötig
Ökologische Verkehrsinitiativen haben die Halbzeitbilanz des EU-Weißbuches Verkehr¹ im Sommer 2006 scharf kritisiert, denn damals rückte die EU-Kommission von wesentlichen früheren Grundsätzen ab. Sowohl die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Verkehr als auch dessen gezielte Verlagerung von der Straße auf die Schiene wurden aus dem Grundsatzprogramm gestrichen. Lebensbedingungen und Aufenthaltsqualität in den Städten, die erheblich durch den Straßenverkehr beeinträchtigt werden, drohen sich immer weiter zu verschlechtern.

Die heutigen Verkehrsbelastungen in den Städten werden ohnehin im Weißbuch weitgehend ignoriert. Die Kommission kündigte in ihrer Halbzeitbilanz deshalb die Herausgabe eines „Grünbuches Stadtverkehr“ an. Vielleicht kann dieses Grünbuch jetzt einige Veränderungen bewirken, indem es einen Informations- und Willensbildungsprozess über die Zukunft des europäischen Stadtverkehrs anstößt. Das Grünbuch soll im kommenden Herbst von der EU-Kommission verabschiedet werden. Im Anschluss soll auf seiner Grundlage ein „Aktionsplan Stadtverkehr“ erarbeitet werden, der voraussichtlich ein Jahr später während der französischen Ratspräsidentschaft beschlossen wird.

Bericht der Kommission im Februar: Städte müssen mehr fürs Klima tun

Im Vorfeld der Europäischen Mobilitätswoche, die vom 16. bis 22. September europaweit unter dem Motto „Streets for People“ stattfindet, stand Anfang Februar beim Ausschuss der Regionen in Brüssel ein erster Bericht über die gerade angelaufene Konsultation zum Grünbuch auf der Tagesordnung. Umweltkommissar Stavros Dimas appellierte an die Vertreter der Städte, sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst zu sein, den CO₂-Ausstoß auch im Verkehrssektor drastisch zu reduzieren, damit die weltweite Erderwärmung nicht über 2 Grad Celsius ansteigt.

Für die Generaldirektion Energie und Verkehr, die federführend bei der Erstellung des Grünbuches ist, forderte die Leiterin der Abteilung „Sauberer Verkehr und nachhaltige Entwicklung“ Eleni Kopanezou dazu auf, die vorhandene Infrastruktur effizienter zu nutzen und häufiger auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen.

Technische Workshops mit Beteiligung von NGOs

Zur Beteiligung der Fachöffentlichkeit bei der Erstellung des Grünbuches Stadtverkehr sind bisher vier technische Workshops durchgeführt worden. Sie fanden von Januar bis März in Brüssel und Budapest statt. Es ging dabei um die Themen

- umweltfreundliche Fahrzeuge und Biokraftstoffe,
- öffentlicher Verkehr,
- Intermodalität,
- Regulierung des innerstädtischen Verkehrs sowie
- Mobilität und soziale Kohäsion.

Zur Wahrung verkehrsökologischer Interessen ist bei den Veranstaltungen regelmäßig die europäische Lobbyorganisation Transport & Environment (T&E) beteiligt, in der 44 Nichtregierungsorganisationen aus 20 Ländern zusammengeschlossen sind, darunter die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Verkehrsclub Deutschland (VCD).

Öffentliche Internet-Konsultation bis Ende April

► Auch gewöhnliche Bürger/innen und kleinere Organisationen können noch bis zum 30. April ihre Anregungen und Bedenken direkt bei der Europäischen Union einbringen. Die Generaldirektion Energie und Verkehr der EU-Kommission bietet hierfür auf ihrer Website einen Online-Fragebogen in einfachem Englisch an. Alle Teilnehmer erhalten eine Bestätigung und haben das Recht auf eine Antwort in ihrer Landessprache.

Die Generaldirektion fragt nach wahrgenommenen Problemen, Maßnahmen zu ihrer Lösung und möglichen Hindernissen bei der Umsetzung verkehrspolitischer Maßnahmen, wozu etwa unzureichende Bürgerbeteiligung oder fehlender Umsetzungswille der Verantwortlichen gehören können. Detailliert abgefragt werden Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbundes (Fußverkehr, Radverkehr, öffentlicher Verkehr) und zur Gestaltung des Güterverkehrs. Die Generaldirektion bittet

zudem um eine Einschätzung ihrer bisherigen Verkehrspolitik und fragt, ob sie in Zukunft eher eine aktive oder passive Rolle übernehmen soll.

Einfluss nehmen auf Landes- und Bundesebene

Einflussnahme auf den Entwurf zum Grünbuch Stadtverkehr ist auch noch im nationalstaatlichen Rahmen sowie in den einzelnen Bundesländern möglich. Das Bundesverkehrsministerium hat auf seiner Website ein zehnteiliges Arbeitspapier „Mobilität in der Stadt“ veröffentlicht. Als vorrangige Themen werden die Sicherstellung des Wirtschaftsverkehrs in Ballungsräumen, die Förderung des ÖPNV sowie die Stärkung des Rad- und Fußverkehrs genannt. Bis 2020 erwarten die Experten einen Zuwachs des europäischen Güterverkehrs um 45 Prozent. Bereits heute gehen 70 Prozent des Mineralölverbrauchs in der EU auf den Transportsektor zurück. Nur mit erheblichen Anstrengungen werden die CO₂-Emissionen im Verkehrssektor überhaupt gesenkt werden können.

Vorläufiges Grünbuch-Konzept im Mai

Ein vorläufiges Konzept für das Grünbuch Verkehr soll erstmals auf dem informellen Treffen der Stadt- und Raumentwicklungsminister am 24. und 25. Mai in Leipzig vorgestellt werden. Bei diesem Treffen sind neben EU-Institutionen auch einige NGOs vertreten.

„Leipziger Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ geplant

Viele Städte haben eine weitreichende Planungshoheit, die ihnen erhebliche Handlungsspielräume eröffnet. Das Grünbuch soll deshalb örtliche Besonderheiten berücksichtigen und die regionalen Identitäten fördern. Oft wissen Städte selbst, was gut für sie ist. Dieser Subsidiaritätsgedanke steht allerdings nicht im Widerspruch zu einem gemeinsamen Konzept für europäische Stadtverkehrspolitik. Auf dem Ministertreffen im Mai soll deshalb eine „Leipziger Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ verabschiedet werden, die sozialverträglichen Stadtverkehr als eine wesentliche Zielgröße nennt.

Konferenz im Juni, Präsentation im Herbst

Die erste Konsultationsphase zum Grünbuch wird am 4. Juni mit der Konferenz „Auf dem Weg zu einer europäischen Stadtverkehrspolitik“ in Brüssel beendet. Nach

¹ Siehe auch Newsticker S. 27.

der Ausformulierung des Papiers im Sommer steht im Herbst seine Verabschiedung durch die EU-Kommission auf dem Programm. Damit sich die Hoffnungen auf ein umwelt- und stadtverträgliches Grünbuch tatsächlich erfüllen können, ist vor allem die direkte Einflussnahme bis Ende April dringend nötig. Im Anschluss an die Europäische Mobilitätswoche vom 16. bis 22. September sollten ökologische Verkehrsinitiativen dann die erste Konsultationsphase für den Aktionsplan Stadtverkehr vorbereiten, die offiziell im kommenden Winter beginnt. ■

• Weitere Informationen

Europäisches Netzwerk Mobilität und Lokale Agenda 21, Christian Kölling, Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-64, Fax -33
eMail: koelling@moblocal21.org
www.moblocal21.org

Zum Weiterlesen:
EU-Kommission
www.ec.europa.eu/transport/clean/green_paper_urban_transport/public_consultation_en.htm

Bundesverkehrsministerium
www.bmvbs.de/
EU-Ratspraesidentschaft/
Arbeitsprogramm-,2682/Verkehr.htm

www.transportenvironment.org
www.mobilityweek-europe.org

Verkehrswachstum schadet dem Klima sehr

Europäische Umweltagentur:

Luftverkehr in 13 Jahren verdoppelt

Die Europäische Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen hat Ende Februar den stetig anwachsenden Auto-, Flug- und Schiffsverkehr als „immer größere Gefahr für das Klima“ bezeichnet. Nach dem aktuellen Verkehrsbericht der Agentur stieg allein der Luftverkehr zwischen 1990 und 2003 in 32 Ländern Europas um 96 Prozent. Mit 86 Prozent nahmen die Schadstoffe in diesem Sektor am stärksten zu.

Mit Ausnahme des Schienenverkehrs wuchs das gesamte Verkehrsaufkommen in diesen 13 Jahren um 20 Prozent. In den 15 alten EU-Ländern verursachte der Verkehr mehr als ein Fünftel der Treibhausgase, die hauptverantwortlich für den globalen Klimawandel sind. Nach Angaben der EEA stiegen die verkehrsbedingten Emissionen massiv, während der Ausstoß klimaschädlicher Gase in anderen Sektoren wie Energieversorgung, Industrie, Landwirtschaft oder Abfallwirtschaft gesunken sei. Auslöser sei die immer größere Nachfrage nach Mobilität.

Emissionen und Wasserdampf von Flugzeugen erwärmen die Erde

Das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau zog dieselben Schlussfolgerungen für die Schadstoffbelastung durch den Straßen- und Luftverkehr. Als besonders schädlich stuft die deutsche Behörde das Treibhausgas Kohlendioxid sowie Stickoxide, Rußpartikel und Kohlenwasserstoffe ein. Der Luftverkehr beeinträchtigt nach Angaben des UBA nicht nur mit dem Ausstoß von Partikeln und Stickoxiden die lokale Luftqualität, sondern ist auch mitverantwortlich für die Klimaerwärmung. Die Stickoxide, die ein Flugzug ausstößt, tragen zur Erwärmung bei, weil sie in Reise-flughöhen zwischen 9 und 13 Kilometern Ozon aufbauen, das dort als starkes Treibhausgas wirkt.

Außerdem führt der Ausstoß von Wasserdampf zu Kondensstreifen und Schleierwolken (Zirren), die beide ebenfalls zur Erderwärmung beitragen. Aktuelle Erkenntnisse zufolge könnten Zirruswolken sogar den größten Klimaschaden liefern. Angesichts dieser Fakten sei es umso verständlicher, dass der Flug- und Schiffsverkehr nach wie vor von den Regelungen des Kyoto-Protokolls ausgenommen seien.

EU-Verkehrssubventionen fließen zur Hälfte in den Straßenverkehr

Das Problem der verkehrsbedingten Emissionen ist nach Auffassung der Direktorin der EEA Jacqueline McGlade nicht allein durch Innovationen wie z. B. treibstoffarme Motoren zu lösen. Die Agentur kritisiert in diesem Zusammenhang auch die Subventionszahlungen der EU für den Verkehrssektor. Rund 280 Milliarden Euro würden pro Jahr ausgeschüttet. Die Hälfte davon geht laut EEA-Bericht in den Straßenverkehr, eine der umweltschädlichsten Verkehrsarten. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur (EEA), Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen
Tel. 0045 33367100
www.eea.europa.eu

Umweltbundesamt (UBA), Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt
Tel. 0340 / 2103-0
eMail: pressestelle@uba.de
www.umweltbundesamt.de

EU und USA einigen sich auf Open-Sky-Abkommen

Freier Durchflug durch die Lufträume - Passagierzahlen sollen steigen

In der Diskussion über die Marktöffnung im Luftverkehr haben die USA und die EU Anfang März einen Kompromiss gefunden. Damit seien die Weichen für eine erhebliche Ausweitung des Transatlantik-Verkehrs gestellt, hieß es. Allerdings müssen die verantwortlichen Fachminister der EU-Staaten über das noch nicht endgültig besiegelte Ergebnis am 22. März beraten, sagte EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot.

EU-Kommission erwartet ein Drittel mehr Fluggäste über dem Atlantik

Das Open-Sky-Abkommen soll den Fluggesellschaften der 27 EU-Staaten und der USA ungehinderten Zugang zu den jeweiligen Lufträumen erlauben und bisherige Abkommen zwischen einzelnen Staaten ablösen. Nach Berechnungen der EU-Kommission kann die Zahl der Transatlantikpassagiere in den kommenden Jahren um 26 Millionen steigen, das ist ein Anstieg um mehr als ein Drittel.

Durch den Wegfall der zwischenstaatlichen Abkommen und ihrer Beschränkungen der Verkehrsrechte sollen bis zu 12 Milliarden Euro Kosten in den nächsten fünf Jahren eingespart werden. Das neue Abkommen sieht beispielsweise vor, dass eine europäische Airline von einem beliebigen Flughafen in der EU über den Atlantik in die USA fliegen kann. Diese Möglichkeit gibt es bisher nicht.

Das Europäische Parlament begrüßte am 14. März den Entwurf. Bei ihrer Ratssitzung am 22./23. März stimmten auch die EU-Verkehrsminister zu. Das neue Abkommen tritt Ende März 2008 provisorisch in Kraft. Ursprünglich war ein Inkrafttreten für den 28. Oktober vorgesehen. (mbu, jg) ■

• Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896
www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html

EU will Mindeststeuer für Kraftstoffe anheben

Steuererhöhungen für Diesel und Benzin

Die EU-Kommission hat Mitte März eine höhere Mindeststeuer auf Diesel vorgeschlagen. Nach diesem Gesetzesentwurf ▼ müssen einige EU-Mitgliedstaaten die Steuersätze für Diesel und Benzin ab 2014 anheben. Außerdem sollen nationale Unterschiede bei der Dieselbesteuerung harmonisiert werden.

Die Mindeststeuer für Diesel beträgt derzeit 30,2 Cent pro Liter, während es 35,9 Cent für Benzin sind. Nach dem Entwurf wird sich die Mindeststeuer für Diesel ab 2012 auf 35,9 Cent erhöhen. Der Mindeststeuersatz für beide Kraftstoffarten soll sich dann ab 2014 auf 38 Cent erhöhen.

Unter anderem müssen Österreich, Belgien, Finnland, Griechenland, Luxemburg, Portugal und Spanien die Steuer für Diesel ab 2012 heraufsetzen. Auch viele der neuen Mitgliedstaaten haben sehr niedrige Steuersätze für Diesel, können aber die Steuererhöhungen zwei Jahre später als die alten Mitgliedstaaten einführen.

Maßnahme gegen Lkw-Tanktourismus

Die Kommission richtet ihren Blick dabei besonders auf Dieselnutzfahrzeuge. Da Lkws sehr große Benzintanks haben, nehmen die Fahrer oft weite Umwege in Kauf, um von niedrigeren Dieselpreisen zu profitieren. Diese längeren Fahrten verursachen zusätzliche Umwelt- und Straßenschäden.

Der Europäische Verband für Verkehr und Umwelt (European Federation for Transport and Environment, T&E) begrüßte den Vorschlag, da er zu weniger CO₂-Emissionen durch den Straßengüterverkehr führen werde. Dagegen sieht der Weltdachverband der Straßentransportwirtschaft IRU keine ökologischen Vorteile. Der Tanktourismus werde „völlig übertrieben“ dargestellt und der Entwurf trage wenig dazu bei, die Unterschiede bei der Dieselbesteuerung in Europa zu reduzieren. (nt) ■

• Weitere Informationen

Quelle: ENDS Europe Daily, 14.03.07

Newsticker

Referendum über Autobahn-Bau durch polnisches Naturschutzgebiet

Die polnische Regierung hat ein Referendum in der Region Bialystok im Nordosten des Landes angekündigt. Die Einwohner sollen entscheiden, ob sie dem Bau eines Teilstücks der Via Baltica zustimmen, das mitten durch ein Natura-2000-Schutzgebiet im Rospuda-Flusstal geht. Mit dem Bau der umstrittenen Straße soll die Stadt Augustów vom Schwerlastverkehr entlastet werden. Befürworter halten den Schaden durch die Umgehungsstraße für gering, während Umweltverbände Gefahr für Tiere und unberührte Torfmoore und Wälder befürchten. Auch EU-Umweltkommissar Stavros Dimas nannte das Straßenprojekt eine „große Katastrophe in dieser wertvollen Gegend Polens“. Zurzeit läuft ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen Verstößen gegen EU-Naturschutzrecht. (mbu)

Quelle: www.ec.europa.eu/dgs/energy_transport/index_de.html

Umweltbundesamt: Weißbuch Verkehr soll Ziele nicht aufgeben

Das Umweltbundesamt (UBA) hat die 2006 von der EU-Kommission vorgelegte Halbzeitbilanz zum Weißbuch für eine europäische Verkehrspolitik geprüft. Das UBA lobte, dass die Kommission die Effizienzsteigerung bei den Verkehrsmitteln stärker vorantreiben will. Die Behörde monierte jedoch, dass die Kommission offenbar das Ziel, Wirtschaftswachstum und Verkehr zu entkoppeln, nicht weiter verfolgen will. Außerdem sei das Ziel der Verkehrsverlagerung auf umweltschonende Verkehrsmittel deutlich abgeschwächt worden. Das UBA sieht dagegen keinen Anlass, die ursprünglichen Ziele des Weißbuchs aufzugeben. Das Ziel der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehr sei als langfristige Orientierung für eine nachhaltige Mobilität unverzichtbar und die Verlagerung auf umweltschonende Verkehrsmittel müsse weiter eine starke Option der Umwelt- und Verkehrspolitik bleiben. Die Maßnahmen zur Stärkung des Schienenverkehrs werden nach Einschätzung des UBA ihre Wirkung erst mittelfristig entfalten. Es sei fatal, gerade in dem Moment davon abzurücken, in dem sich erste Erfolge zeigten. (Siehe auch S. 26) (mbu)

- UBA, Dessau, Tel. 0340 / 2103-0
www.umweltbundesamt.de/verkehr/downloads/weissbuch-verkehrspolitik-2010.pdf

■

Weltrangliste gefährdeter Flüsse

Fünf der zehn meistbedrohten Flusssysteme liegen in Asien

Die Donau gehört als einziger europäischer Fluss zu den zehn am meisten gefährdeten Flüssen der Welt. Zu diesem Ergebnis kommt der WWF in seiner am Weltwassertag am 22. März in der Schweiz vorgestellten Studie „World's Top Rivers at Risk“. Fünf der zehn meistbedrohten Flüsse liegen in Asien. Hauptbeeinträchtigungen des Ökosystems Fluss sind die Folgen des Klimawandels, Verschmutzung und Infrastrukturen.

Donau ist am schwersten geschädigter Fluss Europas

Im Falle der Donau seien 80 Prozent der Feuchtgebiete und Auen bereits seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts durch den Bau von Deichen zerstört worden. 78 Prozent des Flusslaufes seien aufgrund menschlicher Eingriffe umfassend und irreparabel geschädigt. Nur 15 Prozent der Fließstrecke der Donau und ihrer Zuflüsse würden voraussichtlich die ökologischen Kriterien der EU-Wasserrahmenrichtlinie erfüllen, die alle europäischen Flüsse bis 2015 erreichen sollten. (tf) ■

• Weitere Informationen

WWF Deutschland, Martin Geiger,
Fachbereich Süßwasser, Rebstöcker
Str. 55, 60326 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 79144-140
eMail: info@wwf.de
www.wwf.de

Umweltausschuss fordert besseren Hochwasserschutz

EU-Parlamentarier legen Forderungen aus erster Lesung wieder vor

In einer Sitzung des Umweltausschusses zum Hochwasserschutz sind Forderungen des Europäischen Parlaments aus der ersten Lesung ▼ wieder aufgelegt worden. Der Umweltausschuss nahm den Bericht des konservativen österreichischen Abgeordneten Richard Seeber mit 49 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung an.

Die darin enthaltenen Forderungen betreffen etwa die Berücksichtigung der voraussehbaren Folgen des Klimawandels (u. a. mehr Regen und daraus folgend mehr Hochwasserereignisse im Norden und Nordosten) in Hochwasserrisikoabschätzungen. Der Ausschuss forderte außerdem Karten von potenziell von Hochwasser bedrohten Gebieten, um Gefahren von dort ansässigen Industrieanlagen besser einschätzen zu können. Derlei Karten sollten darüber hinaus zum Schutz von Flora und Fauna dienen.

Umweltverbände zufrieden

Nach Meinung des Umweltausschusses sollen Landwirtschafts-, Verkehrs- und Industriepolitik Hochwasserrisiken von vornherein mit einbeziehen. Darüber hinaus müssten alle Subventionen, die das Hochwasserrisiko vergrößern, überprüft werden. Weitere Forderungen betreffen den besseren Schutz von Feuchtgebieten, eine bessere Zusammenarbeit und Solidarität unter den Mitgliedstaaten, mehr Mitbestimmungsrechte für die Parlamentarier/innen sowie mehr Kohärenz (bessere Abstimmung) mit der Wasserrahmenrichtlinie.

Die Umweltverbände sehen sich in weitgehender Übereinstimmung mit den Änderungsanträgen des Umweltausschusses. (jg, tf) ■

• Weitere Informationen

www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-3645-057-02-09-911-20070226IPR03582-26-02-2007-2007-false/default_en.htm

Siehe auch Gastbeitrag von Christian Schweer (BUND), EU-News 26.2.2007, www.eu-koordination.de/?vorlage=fuenfb&id=159

Konsultation zum EU-Fischereimanagement

Mitteilung der EU-Kommission - Kommentare bis 31. Mai erbeten

Die EU-Kommission für Fischerei und Maritime Angelegenheiten hat Ende Februar eine Mitteilung über die auf Nutzungsrechten basierenden Bewirtschaftungsinstrumente in der Fischerei vorgelegt. Diese umfassen alle Systeme, mit denen Fischern, Fischereifahrzeugen, Unternehmen, Genossenschaften oder vom Fischfang lebenden Gemeinden individuelle Fangrechte zugeteilt werden. Mit der Mitteilung soll eine Diskussion über die Systeme zum Fischereimanagement wie Fangrechte, individuelle Fangquoten, Zugang zu Fanggründen in Gang gebracht werden. Das dreimonatige Konsultationsverfahren läuft bis zum 31. Mai 2007. (tf) ■

• Weitere Informationen

Europäische Kommission, GD Fischerei und Maritime Angelegenheiten
B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 29-65884, Fax -93040
eMail: fisheries-info@cec.eu.int

Konsultationsunterlagen:
www.ec.europa.eu/fisheries/cfp/governance/consultations/consultation_260207_de.htm

Besorgniserregender Zustand der Meeresfisch-Bestände

FAO veröffentlicht Welt-Fischerei-Report 2006

Am 3. März hat die Welternährungsorganisation FAO ihren Weltfischereireport¹ 2006 vorgestellt, in dem ein besorgniserregendes Bild des Zustandes der weltweiten Meeresfischbestände gezeichnet wird. Demnach sind ein Viertel der Meeresfisch-Bestände gefährdet und mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Bestände würden bereits heute derart intensiv ausgebeutet, dass keine Steigerung mehr möglich sei. Zu den besonders gefährdeten Arten zählen laut FAO der Seehecht, Riesenhai, Kabeljau, Granatbarsch oder Roter Tunfisch. Es herrsche deshalb die dringende Notwendigkeit, eines umsichtigeren und umfassenden Fischerei-Managements.

Umweltverbände fordern entschiedene Maßnahmen...

Umweltverbände wie der WWF sehen das Hauptproblem für die desolante Lage der Meeresfischbestände darin, dass die internationalen und europäischen Fangquoten chronisch zu hoch angesetzt seien und sich viele Staaten noch nicht einmal an diese halten würden. Außerdem werde der Ausbau der Fangflotten jedes Jahr mit 11 Milliarden Euro subventioniert. Dringende Lösungsmaßnahmen sieht der WWF in einer drastischen Reduzierung der Fangquoten und mitunter auch deren Aussetzung, eine Unterschutzstellung von mindestens 10 Prozent der Meeresfläche und der verstärkten Einführung von Siegeln für umweltverträgliche Fangmethoden wie dem „Marine Stewardship Council“ (MSC). Der WWF hat die Kaufempfehlungen des MSC in einem Fischführer zusammengefasst.

...und machen Druck

Greenpeace veröffentlichte im Zusammenhang mit der FAO-Studie eine Schwarze Liste („list of shame“) der Schiffe, die der illegalen Fischerei überführt wurden. Gerade die so genannte „Piratenfischerei“, die pro Jahr geschätzte neun Milliarden Dollar umsetze, müsse noch immer keine einschneidenden Strafmaßnahmen fürchten. Freiwillige Abmachungen würden nicht eingehalten und der von FAO-Mitgliedstaaten vor fünf Jahren beschlossene Aktionsplan zur Bekämpfung der illegalen

Fischerei habe so gut wie keine Wirkung gezeigt. Die Schwarze Liste soll die Einrichtung einer internationalen Kontrollbehörde, bindende Abkommen, Hafenkontrollen und den Bann von Piratenflaggen beschleunigen. Der WWF hat zur selben Zeit in Luxemburg Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen der Ausbeutung des Kabeljaus durch die EU-Flotte eingereicht. Nach Meinung des WWF verstößt die durch den EU-Ministerrat im Dezember 2006 beschlossene Fangquote gegen europäisches Umweltrecht. Gegen die Empfehlung des Internationalen Rates zur Erforschung der Meere (ICES), den Kabeljaufang in der Nordsee bis zu dessen Erholung komplett einzustellen, hatte der EU-Ministerrat im Dezember allein für die Nordsee eine Fangquote von fast 20.000 Tonnen beschlossen. Vor Gericht will der WWF die EU-Fischereiminister nun zwingen seine jüngste Fangquoten-Entscheidung zu revidieren.

Maßnahmen der FAO

Auf der Sitzung des FAO-Fischereiausschusses COFI, die am 9. März unter Beteiligung der EU-Kommission stattfand, wurden die Schwerpunkte für die Arbeit der FAO in diesem Sektor für die nächsten zwei Jahre festgelegt. Demnach sollen Maßnahmen gegen die illegale Fischerei, zum Schutz der Hochseegewässer und zum Schutz der Meeresökosysteme vor der Tiefseefischerei verabschiedet werden. Angesprochen wurden dabei internationale Instrumente zur Hafenkontrolle, der Aufbau von Fangschiffregistern und der weitere Aufbau eines Satelliten-Monitoringsystems zur Kontrolle der illegalen Fischerei. (tf) ■

• Weitere Informationen

WWF, Heike Vesper, Referentin für Meeresfischerei
Tel. 0162 / 2914447
Bezug des Fischführers:
WWF, Kennwort: Fischführer
Rebstocker Str. 55, 60326 Frankfurt/M.

Greenpeace International, Sari Tolvanen, Kampagnenleiterin Ozeane, Rom
Tel. 0031 / 655125480

Europäische Kommission, GD Fischerei, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 29-65884, Fax -93040
eMail: fisheries-info@cec.eu.int
www.ec.europa.eu/dgs/fisheries/index_de.htm

Newsticker

Studie: EU-Wassergesetzgebung bringt wirtschaftliche Vorteile

Eine konsequente Umsetzung der EU-Wassergesetzgebung hätte nicht nur Vorteile für die Umwelt, sondern auch für die europäische Ökonomie. Dies ist das Ergebnis der neuen Studie „Water flows and cash flows“, die das Europäische Umweltbüro (EEB) und die Niederländische Naturschutzorganisation Natuurmonumenten zum Weltwassertag vorstellten. Durch die bisherige sehr mangelhafte Gesetzesumsetzung könnten ökonomische Vorteile, die beispielsweise durch die Erreichung des in der Wasserrahmenrichtlinie geforderten „guten ökologischen Gewässerzustandes“ entstehen würden, nicht erzielt werden. (tf)

● EEB, Wasserreferent Pieter de Pous, Brüssel, Tel. 0032 2 / 2891306, eMail: pieter.depous@eeb.org, www.eeb.org

Neues Informationssystem zur EU-Wasserpolitik

Mitte März wurde von der EU-Kommission für Umwelt ein neues Wasserinformationssystem im Internet gestartet. WISE (Water Information System for Europe) bietet gebündelt alle Informationen rund um das Wasser und die EU-Wasserpolitik. (tf) www.water.europa.eu

Neue Impulse für Schutz von Donau und Schwarzem Meer

Umweltminister/innen aus 16 Donau- und Schwarzmeerstaaten trafen sich Ende Februar in Bukarest, um über die Chancen und Probleme zu beraten, die sich aus dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens für den Schutz der Donau und des Schwarzen Meeres ergeben. Das Bundesumweltministerium versprach sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen, die Zusammenarbeit der EU mit den Schwarzmeerstaaten deutlich auszubauen. Im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie müssen die Donau-Anrainerstaaten bis zum Jahr 2012 eine Vielzahl von Maßnahmen bei kommunalen Kläranlagen sowie im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft ergreifen, womit die Nährstoffbelastung des Schwarzen Meeres wesentlich verringert werden kann. (bv) Quelle: ENDS Europe Daily 26.02.07

Weitere Haiarten auf der Roten Liste

Nach neuesten Erkenntnissen sind die am weitesten verbreiteten pelagischen oder ozeanischen Haiarten durch Überfischung bedroht. Aus diesem Grund wurden Ende

¹ Der so genannte „Sofia-Report“ („State of the World Fisheries and Aquaculture“).

Februar weitere Haiarten auf die Rote-Liste der IUCN gesetzt. (bv)
www.iucn.org/en/news/archive/2007/02/22_pr_sharks.htm

Ostsee wird drei bis fünf Grad wärmer
Die Ostsee wird sich bis zum Ende des 21. Jahrhunderts um drei bis fünf Grad erwärmen. Zu diesem Ergebnis kamen 80 Wissenschaftler aus 12 Ostseeländern, die ihre Daten mit globalen Klimaprognosen zusammenfügten. Danach ist die Ostsee besonders stark vom globalen Klimawandel betroffen. Im südlichen Teil der Ostsee einschließlich der deutschen Küste sollen die Temperaturen dabei vor allem im Sommer über den bisher gemessenen liegen, im Norden wird sich die eisfreie Zeit drastisch verlängern. Wie die Helsinki-Umweltkommission (HELCOM) der Ostseestaaten Anfang März bestätigte, wird die neue Schätzung Grundlage für künftige Handlungspläne zum Schutz des ökologisch besonders empfindlichen Gewässers sein. Ein HELCOM-Ministertreffen soll im November über praktische Konsequenzen entscheiden. (bv)
Quelle: FR 8.3.2007

Nordsee-Schweinswale im FFH-Gebiet durch Lärm gefährdet
Mehrere Naturschutzverbände, darunter die NABU, haben gemeinsam gegen die Suche nach Öl- und Erdgaslagerstätten im FFH-Schutzgebiet „Doggerbank“ in der Nordsee durch die BASF-Tochtergesellschaft Wintershall AG protestiert. Die Verbände befürchten, dass die dort lebenden Schweinswale durch die mit der Exploration verbundenen massiven Schallemissionen schwer geschädigt und zumindest zeitweise aus ihrem angestammten Lebensraum vertrieben werden. Die Verbände forderten das Bundesumweltministerium auf, umgehend Richtlinien zu erarbeiten, wie die Meeresumwelt allgemein vor schädlichen Schallauswirkungen geschützt werden kann. (bv)
www.nabu-sh.de (12.03.07)

Aktionsplan Saubere Ostsee auf Kurs
Auf der Jahresversammlung der Kommission zum Schutz der Ostsee (HELCOM) waren sich die Vertreter der Ostseestaaten einig, dass der im letzten Jahr vorgelegte Entwurf des Ostsee-Aktionsplans wie geplant im kommenden November verabschiedet werden soll. Schwerpunkte des Plans sind Eutrophierung, Biodiversität, gefährliche Substanzen und Meeresmanagement/-bewirtschaftung. Diskussions-

thema auf dem Treffen waren auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Ostsee. Die HELCOM-Mitgliedstaaten sehen den Aktionsplan als Pilotprojekt für regionale Kooperationen zur Erarbeitung von Meeresschutz-Strategien, wie sie im Rahmen der zukünftigen EU-Meeresstrategie richtlinie verlangt werden sollen. (tf)
Quelle: ENDS Europe Daily 09.03.2007

Großbritannien will Offshore-Windkraft erleichtern
Mitte März veröffentlichte die britische Regierung Pläne für eine Reformierung ihrer Meerespolitik. Demnach sollen neben der Schaffung neuer Meeresschutzgebiete die Planungsverfahren für Offshore-Windparks und Gezeitenkraftanlagen vereinfacht werden. Umweltminister David Miliband sieht mit der Verwirklichung dieser Pläne Großbritannien in Zukunft als internationalen Vorreiter in der Meerespolitik. (tf)
Quelle: ENDS Europe Daily 15.03.2007

Beispielhafte LIFE-Projekte zur Meerespolitik
Die EU-Kommission hat eine Broschüre „LIFE and the marine environment“ veröffentlicht. Neben einem generellen Überblick über die Meeresumwelt werden Best-Practice-Beispiele von erfolgreichen LIFE-Projekten in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten vorgestellt. (tf)
Download (PDF, 56 S., 5 MB):
www.ec.europa.eu/environment/life/infoproducts/marine/marine_lr.pdf

Veröffentlichungen/ Neu im Netz

„Europa muss so attraktiv werden, dass Zeus sie wieder entführen würde“

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings hat aus „Visionen für mehr Europa“ von Vertreter/innen der Umweltbewegung ein Plakat zum EU-Jubiläum gestaltet. 50 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 fordern fünfzehn Umweltaktive auf dem Plakat unter anderem die Abschaffung des Euratom-Vertrags, mehr Mitbestimmung, echte Nachhaltigkeit, ein „Glücksprodukt“ als Politikziel, konsequenten Umwelt- und Naturschutz sowie Freude am (anderen) Denken. Das DIN-A2-Plakat kann beim DNR Berlin bestellt oder im Internet heruntergeladen werden. (jg)

Plakat „50 Jahre Römische Verträge - Visionen für mehr Europa“, Hrsg./Bezug: DNR, EU-Koordination, Berlin, Tel. 030 / 443391-81, Fax -80, eMail: eu-info@dnr.de; Download (PDF, 60 kB): www.eu-koordination.de/PDF/DNR_EU50Plakat110207.pdf

Schwarzbuch Wasser: Versorgung im weltweiten Vergleich

2007 wird der jährliche „Weltwassertag“, den die UN zum Schutz der Wasservorkommen und deren nachhaltiger Nutzung ins Leben gerufen hat, unter dem Schwerpunkt „Bewältigung der Wasserknappheit“ stattfinden. Dies ist auch das Thema im „Schwarzbuch Wasser“. Autorin Karo Katzmann untersucht darin die Auswirkungen des Klimawandels auf die Trinkwasservorräte und beleuchtet die Trinkwasserversorgung in einem weltweiten Vergleich. Darüber hinaus beschreibt sie die massiven Eingriffe der Menschen in die Wasserkreisläufe, thematisiert aber auch die vielfältigen positiven Auswirkungen des Wassers auf den Menschen. Zudem kann man mithilfe des Buches seinen individuellen „Wasser-Fußabdruck“ ermitteln, der das Komplettvolumen an Süßwasser beziffert, das man aufgrund seiner persönlichen Gewohnheiten benötigt. (fh)

Karo Katzmann: Schwarzbuch Wasser, Molden Verlag, Wien 2007, 220 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 13-3-85485-196-7

Pestizide in Lebensmitteln

28 Prozent der europäischen Bürger/innen sind über Pestizide in Nahrungsmitteln sehr und weitere 42 Prozent „ziemlich

besorgt“, so eine EU-Umfrage von 2006. Dass tatsächlich Grund zur Besorgnis besteht, zeigt eine Studie des Pestizid Aktions-Netzwerks (PAN Germany): Über die Hälfte aller pflanzlichen Lebensmittel enthält Pestizidrückstände. PAN überprüfte Pestizide, die in Obst, Gemüse und Getreide gefunden werden, auf ihre Umweltverträglichkeit. In der Kurzzeitstudie wird belegt, dass der Schutz von Verbraucher/innen vor den Risiken von Pestizidrückständen in Lebensmitteln prinzipiell immer auch die Umwelt schützt. Insgesamt wurden 37 Pestizide bewertet. (mt)

Lars Neumeister: Wir sind Umwelt - Verbraucherschutz ist Umweltschutz, Hamburg 2006, 23 S., 3,- Euro, ISBN 3-9810186-4-8; Hrsg./Bezug: PAN, Nernstweg 32, 22765 Hamburg (zzgl. 2,- Euro Versand), info@pan-germany.org

EU-Gesundheitsportal auch mit Umweltthemen

Die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der EU-Kommission hat eine neue Internetseite gestartet. Das EU-Gesundheitsportal dient als das offizielle Portal der Europäischen Union zur öffentlichen Gesundheit und soll eine breite Palette an Informationen und Daten zu Fragen und Aktivitäten zur Gesundheit sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene vorstellen. Ein Bereich ist der „Gesundheitsfaktor Umwelt“, unter anderem wird auf Gesundheitsgefahren von Chemikalien eingegangen. (jg)

Gesundheitsportal der EU (deutsch): www.ec.europa.eu/health-eu/index_de.htm

Neue Website zu umweltfreundlichem Beschaffungswesen

Eine neue Internetseite der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission beschäftigt sich mit „grüner“ öffentlicher Beschaffung (Green Public Procurement). Die englischsprachige Seite fasst die bisherigen Politikentwürfe zum Thema zusammen und gibt einen Überblick über Termine, Projekte und übergreifende Themen zu anderen Politikbereichen. (jg)

www.ec.europa.eu/environment/gpp/index_en.htm

Ausschreibungen

Intelligente Energie Europa II: Erste Ausschreibung Anfang April erwartet

► Voraussichtlich Anfang April wird es eine erste Ausschreibung im Programm „Intelligente Energie - Europa II (IEE II)“ geben. Einreichfrist soll nach Angaben der EU-Fonds-Beratungsfirma emcra der 28. September sein. Hauptziel von IEE II ist der Abbau von Markthemmnissen, die den Einsatz erneuerbarer und effizienter Energietechnologien bisher behindern. Die EU-Kommission will Maßnahmen unterstützen, die die Nutzung effizienter Energiequellen und die entsprechende Nachfrage steigern (Aktionstyp SAVE - Energieeffizienz). Außerdem sollen erneuerbare Energiequellen und die Diversifizierung der Energieversorgung gefördert (Aktionstyp ALTENER - neue und erneuerbare Energien) und die Diversifizierung der Kraftstoffe sowie die Energieeffizienz im Verkehrssektor gestärkt werden (Aktionstyp STEER - Energie im Verkehrsbereich). (jg)

Förderprogramm IEE II:
www.ec.europa.eu/enterprise/enterprise_policy/cip/index_de.htm

Zur Vorbereitung: Bisher geförderte Projekte in der letzten Förderperiode (Vorläuferprogramm):
www.ec.europa.eu/energy/intelligent/projects/index_en.htm

Mehr Informationen:
www.ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals/index_en.htm
www.emcra.com

Brüsseler 1×1 - überarbeitete Auflage

► Es hat sich einiges getan in der EU: mehr Mitgliedstaaten, andere Stimmverhältnisse, neue Ausschüsse im Parlament, Adressenänderungen. Grund genug für die EU-Koordination des DNR, die Grundlagenbroschüre „Brüsseler 1×1“ vollständig zu überarbeiten. Auf 96 Seiten stehen alle Informationen, die Sie für eine erfolgreiche Lobbyarbeit in Brüssel brauchen. Das kostenlose Heft kann bei der Redaktion bestellt oder im Internet gelesen und heruntergeladen werden (920 kB): www.eu-koordination.de (Brüsseler 1×1)

Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese (und weitere) Termine im Internet: www.dnr.de/termine (aktueller und oft auch ausführlicher)

Andere Terminseiten im Internet: www.dnr.de/terminlinks (siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

16./17.4., Potsdam

9. Eurosolar-Konferenz

Eurosolar e.V.; Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279
info@eurosolar.org
www.eurosolar.org

19./20.4. Brüssel

GMO Free Regions Conference

Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Berlin
Tel. 030 / 275903-09, Fax -12
info@gmo-free-regions.org
www.gmo-free-regions.org

20./21.4., Berlin

Wirtschaftspolitik für ein anderes

Europa - 2. Alternativer ECOFIN
WEED, Attac, BUND, IG Metall, ver.di
Konferenzbüro, Leonhard Plank, Berlin
Tel. 030 / 27596-887, Fax -928
leonhard.plank@weed-online.org
www.alternativer-ecofin.org

23./24.4., Maastricht

DustConf2007 - How to improve air quality

Umweltbundesamt und Agrarministerium der Niederlande
info@dustconf.com
www.dustconf.com

3.-5.5., Rom

International Conference on Organic Agriculture and Food Security

UN, WWF; Nadia Scialabba
nadia.scialabba@fao.org
www.fao.org

14.5., Berlin

NGO-Konferenz zu Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung

DNR, EU-Koordination, Bjela Vossen, Berlin
Tel. 030 / 443391-85, Fax -80
bjela-vossen@dnr.de

19./20.5., Halle

Kulturpflanzenvielfalt als Gemeingut

3. Europäisches Seminar; Europäisches Bürgerforum (EBF), Jürgen Holzapfel
Tel. 039959 / 23881
ulenkrug@t-online.de
www.gmo-free-regions.org

12.-15.7., München

Velo-city 2007 - From Vision to Reality

Tagung; BMVBS, European Cyclists Federation
Kaulen Planning Office, Aachen
Tel. 0241/ 334-44, Fax -45
info@velo-city2007.com
www.velo-city2007.com

6./7.9., Erfurt

1. Internationaler Kongress zu Pflanzenöl-Kraftstoffen

nova-Institut, Michael Carus, Hürth
Tel. 02233 / 9436-84, Fax -83
michael.carus@nova-institut.de
www.nova-institut.de

18.-20.10., München

8. Weltumweltsteuerkonferenz

Förderverein Ökologische Steuerreform
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14
foes@foes.de
www.worlddecotax.org

11.-15.11., Rom

20th World Energy Kongress

World Energy Council, London
Tel. 00442 / 0773459-96, Fax -26
www.rome2007.int
(fh) ■

EU-Sitzungstermine

Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

Deutsche Ratspräsidentschaft 1. Halbjahr 2007 (1.1.-30.6.)

April

16./17.*	Landwirtschaft/Fischerei
19./20.*	Inneres/Justiz
19./20.**	Gesundheit
20./21.	Wirtschaft/Finanzen
23./24.*	Außenminister
26.-28.**	Wettbewerb

Mai

7./8.	Landwirtschaft/Fischerei
8.	Wirtschaft/Finanzen
14./15.	Außenminister
15./16.**	Familie/Gleichstellung
20.-22.**	Landwirtschaft/Fischerei
21./22.	Wettbewerb
23.-25.**	Stadtentwicklung
24./25.	Bildung/Jugend/Kultur
30./31.	Soziales/Gesundheit

Juni

1.-3.**	Umwelt
5.*	Wirtschaft/Finanzen
7./8.*	Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12.*	Landwirtschaft/Fischerei
12./13.*	Inneres/Justiz
18./19.*	Außenminister
28.*	Umwelt

* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

** informell

Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

23.-26.4.
9./10.5.*, 21.-24.5.
6./7.6.*, 18.-21.6.

* in Brüssel (sonst in Straßburg)

Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

April: 10. n, 11. v+n
 Mai: 2. n*, 3. v*, 7. n, 8. v+n
 Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v
 Juli: 16. n, 17. v
 September: 11. n, 12. v+n, 13. v
 Oktober: 2. v+n*, 3. v*, 8. n, 9. v+n
 November: 21. n, 22. v+n, 26. n, 27. v
 Dezember: 19. v+n

v = vormittags 9-12.30 Uhr
 n = nachmittags 15-18.30 Uhr
 * = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

* vorbehaltlicher Termin

(nt, mb) ■

● **Weitere Informationen**

www.europa-digital.de/aktuell/kalender

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):
www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau

Deutsche Ratspräsidentschaft (1.1.-30.6. 2007):
www.eu2007.de
www.eu-praesidentschaft.de

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:
 DNR, EU-Koordination, Ulrike Tröger, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
 Tel. 030 / 443391-38, Fax -80
 eMail: ulrike.troeger@dnr.de
www.eu-koordination.de

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:
www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen:
www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2007.pdf

Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ~200-500 kB):
www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“) oder
www.eu-koordination.de („Publikationen“)

Titel/Thema	Ausgabe
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
EU-Fonds für die Umwelt: Ein kritischer Leitfaden	I/2007
Memorandum zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft/10 Grüne Prüfsteine	Extra
Umsetzung von EU-Umweltrecht: Wohin steuert die Europäische Union?	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Weiterführende Informationen

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

EU-Rundschreiben-Archiv im Internet und weitere DNR-Angebote

Siehe Innen-Umschlagseite hinten.

Kostenlose Beantwortung von Fragen zur EU

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache.

Tel. 00800 / 6 7 8 9 10 11

eMail-Formular:

<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

Laufende Gesetzgebungsverfahren

Aufstellung aller umweltrelevanten legislativen Dokumente („Vorschläge“ und „Mitteilungen“) der EU-Kommission, die sich gerade im Entscheidungsprozess ▼ befinden:

www.ec.europa.eu/environment/docum

Etappen und aktueller Stand jedes Gesetzgebungsprozesses ▼ in einer zeitlichen Übersicht:

www.ec.europa.eu/prelex

Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahres und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissions-Vorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer.

Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahr 1985 veröffentlicht wurde.

Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet:

www.eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: vertrieb@bundesanzeiger.de

EU-Institutionen, Adressen

Internetadressen der EU-Institutionen

www.europa.eu (vieles auch deutsch)

EU-ABC:

www.europa.eu/abc/index_de.htm

Einführung EU-Umweltpolitik

www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html

Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

Tel. 0032 2 / 299-1111

Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222

www.eu-kommission.de

Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:

Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933

www.europarl.europa.eu

Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel

Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381

(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.].

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel

Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):

Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen

Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199

www.eea.europa.eu

Europäische Verträge

Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

Europäische Union - EU

Durch den Maastrichter Vertrag 1992/93 begründet, durch den Amsterdamer Vertrag 1996/97 und den Vertrag von Nizza 2001 weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS; „3. Säule“).

Kompaktdarstellung - Entstehung, Struktur und Verträge der EU:

www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe

EU-Rechtsakte

Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Die wichtigsten Teile des geltenden EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind im Internet veröffentlicht:

www.eur-lex.europa.eu

(mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen:

www.europa.eu/scadplus

Weitere Informationen auf unserer Seite www.eu-koordination.de (Brüsseler 1×1)

Wie Gesetze in der EU entstehen

Rechtsgrundlage

Jedes Gesetz braucht eine so genannte Rechtsgrundlage. Diese ermächtigt den Gesetzgeber dazu, ein Gesetz zu erlassen, und legt zudem meist das Verfahren fest. Im Europäischen Recht bildet der Artikel 175 des EG-Vertrages diese Rechtsgrundlage. Er ermächtigt dazu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Richtlinien¹ und Verordnungen² zu erlassen. Gleichzeitig bestimmt er, nach welchem Verfahren zu entscheiden ist. Hierbei gibt es das Anhörungs- und das Mitentscheidungsverfahren.

Anhörungsverfahren

Beim Anhörungsverfahren hat das Europäische Parlament nur wenig Einfluss: Die Europäische Kommission legt ihren Gesetzesentwurf dem Ministerrat³ vor. Zwar fordert der Rat das Europäische Parlament auf, eine Stellungnahme abzugeben. Er entscheidet jedoch frei - also ohne an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Allerdings ist im Anhörungsverfahren bei vielen Themen ein einstimmiges Votum des Ministerrates erforderlich.

Im Umweltbereich findet das Anhörungsverfahren eher selten und vor allem in folgenden Fällen Anwendung: Umweltvorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, der Bodennutzung und der Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie solche Maßnahmen, die die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung betreffen.

Mitentscheidungsverfahren

Beim Mitentscheidungsverfahren hat dagegen das Europäische Parlament großen Einfluss, denn es entscheidet in der Tat mit. Im Umweltbereich ist es das häufigste und deshalb das wichtigste Verfahren. Es läuft folgendermaßen ab (siehe auch Diagramm auf der folgenden Seite):

◆ Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat und dem Parlament einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

◆ Das Europäische Parlament berät in erster Lesung über diesen Vorschlag und übermittelt seine Stellungnahme dem Ministerrat.

◆ Der Ministerrat entscheidet dann mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet: Jeder Mitgliedstaat hat je nach Größe eine bestimmte Stimmzahl. Für eine qualifizierte Mehrheit sind nach dem EG-Vertrag zurzeit 62 von 87 Stimmen (ca. 71 %) erforderlich.

Stimmt der Ministerrat mit dem Votum des Parlaments zu hundert Prozent überein, dann erlässt er den Rechtsakt in Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. In diesem Fall ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

In der Regel kommt der Ministerrat jedoch zu einem Ergebnis, das mehr oder weniger von der Stellungnahme des Parlaments abweicht. Er legt dann einen so genannten Gemeinsamen Standpunkt fest. Als Grundlage dienen dabei der Kommissionsvorschlag, die Stellungnahme des Parlaments sowie die eigene Überzeugung des Ministerrates.

◆ Das Europäische Parlament behandelt diesen Gemeinsamen Standpunkt in einer zweiten Lesung. Dabei gibt es drei Möglichkeiten:

1. Es lehnt den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats ab. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Das Parlament stimmt dem Gemeinsamen Standpunkt zu. Dann entscheidet der Ministerrat ebenfalls erneut in einer zweiten Lesung. In diesem Fall kann der Rat den Rechtsakt im Einklang mit dem Parlament erlassen. Das Verfahren ist somit positiv beendet.

3. Das Parlament ändert den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats. In diesem Fall hat der Rat zwei Möglichkeiten:

- Er akzeptiert die Änderungen des Parlaments, verabschiedet den geänderten Text als Gesetz und beendet somit das Verfahren.
- Er überweist den geänderten Text an den Vermittlungsausschuss.

◆ Im Vermittlungsausschuss gibt es wiederum zwei Möglichkeiten:

1. Das Vermittlungsverfahren kommt zu keinem Ergebnis. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Der Vermittlungsausschuss legt einen Gemeinsamen Entwurf des Parlaments und des Rates vor. Stimmen das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dem Gemeinsamen Entwurf zu, dann ist der Rechtsakt angenommen. Lehnt jedoch eines der beiden Organe den Entwurf ab, so ist er endgültig gescheitert. ■

Quellen: Brüsseler 1×1, EU-Umwelthandbuch⁴

• Weitere Informationen

„Brüsseler 1×1 - Wie funktioniert die EU?“, 3. Aufl., Berlin 2007, 96 S., kostenlos; PDF-Download (920 kB): www.eu-koordination.de („Brüsseler 1×1“)

„Rat und Tat in Brüssel - Alles über den Rat der Europäischen Union“, Berlin 2006, 52 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): www.eu-koordination.de/?page=51 („Der Rat der EU“)

Hrsg./Bezug beider Hefte (kostenlos): DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80
eMail: eu-info@dnr.de

1 Richtlinie: Rahmengesetz; muss durch nationale Gesetze in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

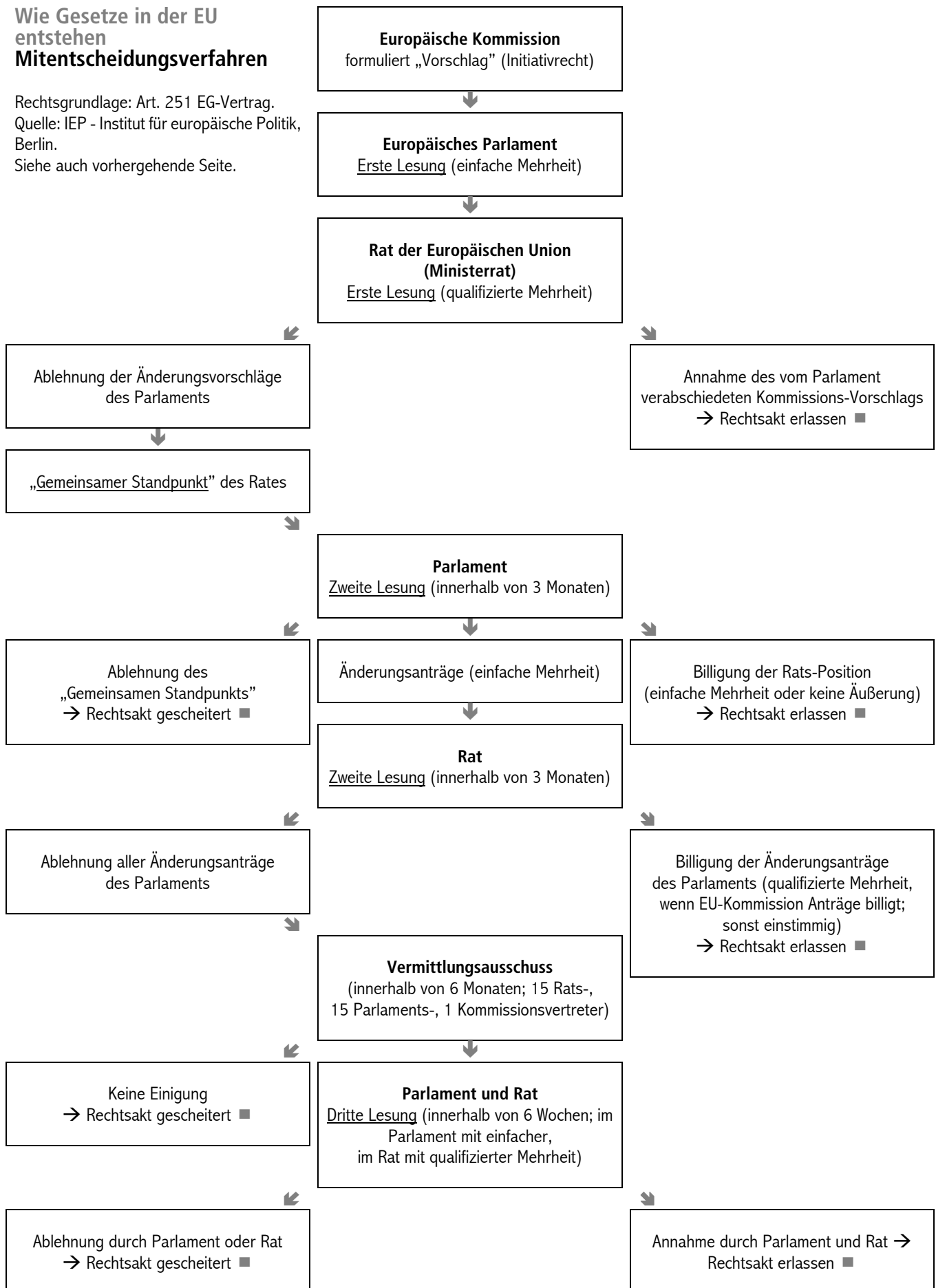
2 Verordnung: Unmittelbar wirksamer Rechtsakt, gilt sofort in allen EU-Mitgliedstaaten.

3 Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Besteht bei Umweltangelegenheiten in der Regel aus den Umweltminister/innen der EU-Mitgliedstaaten. ●

4 Hiltrud Breyer: „Keine Angst vor Brüssel - EU-Umwelthandbuch, Brüssel 2003, 100 S., kostenlos; PDF-Download (1,7 MB): www.hiltrud-breyer.de/hbreyer/fe/pub/de/dct/113

Wie Gesetze in der EU entstehen Mitentscheidungsverfahren

Rechtsgrundlage: Art. 251 EG-Vertrag.
Quelle: IEP - Institut für europäische Politik, Berlin.
Siehe auch vorhergehende Seite.



Das Europäische Umweltbüro (EEB)

Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von über 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern, den Beitrittskandidaten, einigen der potenziellen Bewerber und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB mehr als 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn Grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Bewerber- und Nachbarstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expertinnen und -Experten geleitet (siehe Tabelle).

Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch“¹)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE²-Pro-

- gramm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von Natura 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltpolitik - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Biotreibstoffe; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

- Außerdem arbeitet das EEB zur:
- IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control),
 - Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen,
 - Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltpolitik,
 - EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung,
 - Standardisierung des europäischen Gütesiegels,
 - Umwelthaftung,
 - EU-Erweiterung
 - Verbesserung der Umsetzung und Einhaltung der EU-Umweltgesetzgebung.

• Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)
Boulevard de Waterloo 34, B-1000
Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99
eMail: eeb@eeb.org
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Ursula Vavrik (d)	Landwirtschaft, Gentechnik (Geschäftsführerin)	ursula.vavrik@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Biodiversität, Wasser (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Doreen Fedrigo	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	doreen.fedrigo@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

¹ Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf

² „Clean air for Europe“

Europäisches Umweltbüro - Vorstandsmitglieder

Ihre Ansprechpartner 2006

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von über 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede Ratspräsidenschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittsstaaten vertreten.

Belgien

Mikaël Angé
Inter Environnement Wallonie (IEW)
eMail: m.ange@iewonline.be

Bulgarien

zz. nicht besetzt

Dänemark

Ella Maria Bisschop-Larsen
Danmarks Naturfredningsforening (DN)
eMail: emb@dn.dk

Estland

Juhan Telgmaa
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)
eMail: juhan.telgmaa@elks.ee

Finnland

Eero Yrjö-Koskinen
Finnish Association for Nature Conservation
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

Frankreich

Georges Cingal
(EEB-Vizepräsident)
Sepanso FNE
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

Deutschland

Markus Steigenberger
Deutscher Naturschutzring (DNR)
eMail: markus.steigenberger@dnr.de

Griechenland

Gerassimos Arapis
Elliniki Etairia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage
eMail: mani@aua.gr

Großbritannien

Stephan Hale
Green Alliance
eMail: shale@green-alliance.org.uk

Irland

Frank Corcoran
(EEB-Vizepräsident)
An Taisce - National Trust of Ireland
eMail: frank.corcoran@dit.ie

Italien

Mauro Albrizio
(EEB-Vizepräsident)
Legambiente
eMail: legambiente@skynet.be

Lettland

Janis Ulme
VAK - Environmental Protection Club
eMail: janis.ulme@vak.lv

Luxemburg

Théodore Mannon
NATURA
eMail: t.mannon@internet.lu

Niederlande

Frits Backer
Stichting Natuur en Milieu (SNM)
eMail: f.backer@natuurenmilieu.nl

Norwegen

Uno Abrahamsen
Norwegian Association against Noise
eMail: uno.abrahamsen@atil.no

Österreich

Birgit Reiner
Umweltdachverband
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

Polen

Aleksander Kedra
ISD - Institute for Sustainable Development
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)
eMail: carlosmg Teixeirapt@gmail.com

Rumänien

Zoltán Hajdu (Beobachter)
Focus Eco Center
eMail: zhajdu@focuseco.ro

Schweden

Mikael Karlsson
(EEB-Präsident)
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)
eMail: mikael.karlsson@snf.se

Slowakei

Vladimir Ira
STUZ/SR - Society for Sustainable Living
eMail: geogira@savba.sk

Slowenien

Anamarija Slabe
(EEB-Vizepräsidentin)
Institute for Sustainable Development (ITR)
eMail: anamarija.slabe@itr.si

Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez
Ecologistas en Acción
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

Tschechien

Miroslav Šuta
Society for Sustainable Living (SSL)
eMail: miroslav.suta@centrum.cz

Türkei

Ayşe Yesim Erkan
TEMA
eMail: yesime@tema.org.tr

Ungarn

András Krolopp
CEEWEB
eMail: krolopp@ceeweb.org

Zypern

Lucas Psillakis
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)
eMail: environment@psillakis.com

Schatzmeisterin

Jacqueline Miller
eMail: jacquelinemiller@scarlet.be

Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

Unsere weiteren Periodika

Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe www.dnr.de/drbr

Unser Internet-Angebot

www.eu-koordination.de

...heißt die Internetseite der EU-Koordination des DNR. Unter „Publikationen“ finden Sie hier die älteren EUR-Ausgaben ab 2003 sowie alle Sonderhefte zum kostenlosen Download als PDF-Dateien. Hinzu kommen gut recherchierte Themenseiten sowie Informationen über Expert/innen, Publikationen und Termine. Ein „Brüsseler 1×1“ macht die Strukturen und Verfahren der EU verständlich und gibt Tipps zum Einmischen für Umweltverbände. Neu sind die täglichen EU-News.

www.dnr.de/eur

Hier finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als PDF-Dateien
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

Unser eMail-Service

Neu: Newsletter zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

Wir informieren Sie täglich über aktuelle umweltpolitische Ereignisse in Brüssel und Berlin. Newsletter bestellen oder EU-News online lesen: www.eu-koordination.de

Hintergrundinformationen zu den EU-Ratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonnent/innen und DNR-Mitglieder können kostenlos bestellen bei: ulrike.troeger@dnr.de

Weitere EU-Umweltpolitik-Newsletter

www.dnr.de/umweltinfo („Mailinglisten/ Webseiten“ - „EU-Politik“)

Info-Service zu allen Umweltthemen

An Abonnent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Verbänden mailen wir kostenlos aktuelle Nachrichten zur EU-Umweltpolitik und vielen weiteren Themen. Die Themen können Sie selbst auswählen: www.dnr.de/infoservice

EUR-Abo

Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

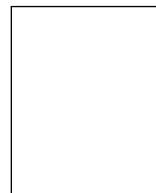
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut: _____ Bankleitzahl: _____
Kontonummer: _____
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion EU-Rundschreiben
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin